

Rezensionen

Rheinischer Städteatlas, hg. v. LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte, Lieferung XXI, Nr. 102: Siegburg, bearb. von Elfe PRACHT-JÖRNS, Köln: Böhlau Verlag 2017, 51 S. u. 14 Tafeln, 3,0 €, ISBN 987-3-412-50792-3

Wie im letzten Band der ZBGV angekündigt, ist die Mappe Siegburg Ende 2017 erschienen. Sie ist Teil der Lieferung XXI, in der noch die Orte Kaster und Oedt zusammengefasst sind. Gab es bis 2008 alle zwei Jahre jeweils mindestens vier, meist aber fünf oder gar sechs Stadtrechtsorte, die sich über eine sorgfältig erarbeitete, wenn auch kurzgefasste Stadtgeschichte freuen konnten, so musste sich das heute zu Bedburg gehörende Kaster bis Ende 2019 gedulden. Für Oedt – heute zu Grefrath – ist das Erscheinen der Mappe laut Verlag im April 2020 zu erwarten. Auch wenn es sicher immer schwieriger wird, für die verbliebenen rund achtzig Städte geeignete Bearbeiter zu finden, hat wohl auch das altersbedingte Ausscheiden der Projektleiterin zu dem schleppenden Erscheinen der Mappen geführt. Eine solch starke Identifikation mit dem Projekt ist vermutlich bei den Nachfolgern nicht vorhanden, da die Interessen offenbar in anderen Themenbereichen liegen. Doch freuen wir uns, dass mit Siegburg eine weitere bergische Stadt in dem Mammutprojekt Rheinischer Städteatlas erschienen ist.

Dass das Herzogtum Berg weiter nach Süden reichte, als das die meisten Bewohner im Kerngebiet des Bergischen Landes gewöhnlich annehmen, dürfte nach dem Erscheinen der neuen Geschichte des Bergischen Landes zumindest den geschichtlich Interessierten bekannt sein. Die Beziehungen der bergischen Grafen zu der 1064 vom Kölner Erzbischof Anno gegründeten Benediktinerabtei reichen bis 1121 zurück. In diesem Jahr bekamen die Berger die Vogtei über die Abtei und behielten sie mit kleinen Unterbrechungen. Die Hochgerichtsbarkeit Bergs war wie in vielen anderen Fällen auch in Siegburg der Schlüssel zur Durchsetzung der Landesherrschaft. Nach zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen dem Abt, der die Reichsunmittelbarkeit für die Abtei geltend machte, erzwangen die bergischen Herzöge im 17. Jahrhundert durch mehrfache Besetzungen die Anerkennung ihrer Schirmvogtei. Schließlich wurden Stadt und Burgbann als Unterherrschaft in das bergische Territorium eingegliedert. Maßgeblicher Grundherr blieb aber bis zur Aufhebung des Klosters 1803 der Abt.

Die Benediktinerabtei war für die Entwicklung von Siegburg von großer Bedeutung. Wenngleich vor ihrer Gründung bereits eine Siedlung bestand – eine Kirche ist bereits aus der Zeit vor 1000 nachzuweisen –, gab erst das dem Kloster von König Heinrich IV. 1069 verliehene Marktrecht den Impuls zu einer verstärkten Ansiedlung von Kaufleuten und Handwerkern. Zwar lassen sich erst über eine Steuerliste von 1578 genauere Angaben zur Einwohnerzahl ermitteln, aber der Ort hat sich offenbar schnell entwickelt. Bereits seit der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts wird Siegburg als oppidum, stat oder sogar als civitas bezeichnet. Der Ersatz der alten Pfarrkirche St. Servatius in den Jahren 1150–1170 durch eine dreischiffige romanische Basilika mit beeindruckendem Westturm und der

Bau einer Stadtmauer in der Zeit von 1220–1240, die die vorherige Wall-Graben-Anlage ersetzte, zeigen die Wirtschaftskraft Sieburgs an. Zum wirtschaftlichen Erfolg trug die Heiligsprechung Annos und die darauf einsetzende Wallfahrt sicher bei, maßgeblich war aber, dass das Töpfergewerbe, das auf qualitätvolle Kaolinvorkommen in der Nähe der Stadt zugreifen konnte, eine überregionale Bedeutung gewann. Neben Massenware, Töpfen und Krügen, wurden auch kunstvolle Trinkgefäße und anderes hergestellt und vor allem durch Kölner Händler auf Märkten und Messen über Deutschland hinaus vertrieben. Die Nähe Kölns verhinderte wohl, dass sich in Sieburg – trotz der günstigen Lage an der Köln-Frankfurter und der alten Leipziger Straße – ein bedeutender Handelsstand entwickelte. Auch die Produkte der Wollweber, des zweiten wichtigen Gewerbes in der Stadt, wurden meist über Kölner Kaufleute vermarktet. Sieburg war deshalb bis über das Mittelalter hinaus vornehmlich eine Handwerkerstadt. Neben den beiden Hauptgewerben spielte lediglich noch das Gerberhandwerk eine größere Rolle. Anders als in vielen bergischen Städten haben in Sieburg auch die Meister der Lebensmittelhandwerke, der Schneider, Hutmacher, Fassbinder, Weinschröder, Schreiner und Glaser vom Abt eine Zunftordnung erhalten. Dies deutet an, dass in diesen Gewerben eine größere Anzahl tätig gewesen sein muss. Ein weiterer Grund für die Erteilung von Zunftprivilegien war aber auch, dass der Abt trotz der Versuche des bergischen Herzogs, in den vollen Besitz aller städtischen Rechte zu kommen, Stadtherr geblieben war. In Berg erteilte der Herzog Zunftstatuten eher restriktiv.

Der wirtschaftliche Niedergang Sieburgs begann mit den kriegerischen Ereignissen Ende des 16. Jahrhunderts und dem anschließenden Dreißigjährigen Krieg. Stadt- und Klosterbrände, Plünderungen und hohe Kontributionen verhinderten bis ins 19. Jahrhundert hinein jegliche Weiterentwicklung. Die 1805 fassbaren 1.400 Einwohner, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig waren, entsprachen gerade einmal dem Niveau des 15. Jahrhunderts. In preußischer Zeit, in der Sieburg zur Kreisstadt wurde, ließen sich erst spät Industriebetriebe (1840 Kattunfabrik; 1875 Geschosfabrik) nieder. Vor allem durch den Rüstungsbetrieb verfünffachte sich die Bevölkerung bis zum Ersten Weltkrieg, dessen Ende das Aus für die Produktion brachte und Sieburg für lange Zeit zur Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote im Deutschen Reich werden ließ. Erst ein Chemiebetrieb (Zelluloseherstellung) und eine Fabrik für Druckfarben ließen die Zahl der Industriearbeiter in den 1930er Jahren wieder ansteigen, sodass bis 1970 stets mehr als 50 Prozent der Sieburger im produzierenden Gewerbe tätig waren. Danach entwickelte sich die Stadt immer mehr zum Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum.

Wenn man den Städteatlas Sieburg mit einem der Atlanten der ersten Lieferung von 1972 vergleicht, kann man die enorme Weiterentwicklung dieses „Jahrhundertprojekts“ erkennen. Während die Atlasmappe Sieburg 51 großformatige Textseiten enthält, kommen die sechs Städte (Bonn, Brühl, Lechenich, Meckenheim, Rheinbach, Zülpich) der ersten Lieferung zusammen gerade einmal auf 44 Seiten Text. Selbst Bonn, das durch die Jahrhunderte stets eine bedeutende Stadt war, musste sich mit 16 Seiten zufriedengeben. Das Konzept ist seit dem Ursprung nicht verändert worden. Noch immer umfassen die Atlanten fünf Hauptkapitel, in denen alle in der Geschichte einer Stadt interessierenden Fragen – von den archäologischen Funden bis zum Autobahnanschluss – Berücksichti-

gung finden. Hatte Klaus Flink sich bei der ersten Lieferung weitgehend auf veröffentlichte Quellen und die Literatur beschränken müssen, da er alle sechs Mappen bearbeitet hat, so ist seit einiger Zeit der Anspruch des Städteatlas, möglichst das gesamte relevante Archivmaterial im Hinblick auf die Geschichte einer Stadt durchzusehen. Die Mappen gehen deshalb meist weit über die bereits vorhandenen Veröffentlichungen zu einer Stadt hinaus. Zu dem Mehr an Text hat auch die Einschränkung der Abkürzungswut beigetragen, die die ersten Lieferungen kaum lesbar machten. Heute sind die Mappen für jeden geschichtlich Interessierten gut verständlich.

Die erstmalige Verwendung von sog. Tortendiagrammen soll wohl auch benutzerfreundlich sein. Vier solcher farbigen Abbildungen sollen etwa die Veränderung der Berufe sinnfällig machen, die Juden in der Zeit von 1848 bis 1900 ausgeübt haben. Sie sind zwar schön bunt und haben klar voneinander unterscheidbare Farben, aber jede Liste oder Tabelle erschließt eher die Verteilung der Berufsgruppen. Die Gesamtzahl der 1848 berufstätigen Juden muss der Leser selber zusammenrechnen und die Umrechnung, dass der verzeichnete Lehrer, der Klempner, der Vorsänger, der Student und der Pferdehändler jeweils ein Prozent der tätigen Juden ausmacht, trägt auch nicht viel zum Wissen über die Siegburger Judenschaft bei. Das Schaubild zur Berufsverteilung von 1863 lässt dann die Zahlen ganz weg und nennt nur noch die Prozentzahlen. Ob der Pferdehändler, der 1848 ein Prozent ausmachte, nunmehr einen Kollegen bekommen hat oder lediglich die Gesamtzahl der arbeitenden Juden niedriger ist und sich deshalb die Prozentzahl verdoppelt hat, erschließt sich nicht. Bei solch überschaubaren Fallzahlen halte ich übrigens die Umrechnung in Prozent für überflüssig. Eine weitere kleine Anmerkung sei erlaubt: Da der Platz auf der Umschlagrückseite nicht mehr ausreicht, die Karte der bearbeiteten Stadtrechtsorte und die erschienenen Mappen abzudrucken, ist man bereits in der letzten Lieferung auf den schmalen Klappenrand ausgewichen. Hier stand vorher das Stichwortschema, das für denjenigen, der ein bestimmtes Thema oder ein Datum suchte, eine wesentliche Hilfe war. Es wäre schön, wenn das Stichwortschema in der nächsten Lieferung wieder an seinen alten Platz zurückkehren könnte.

Besonderen Wert erhält jede Mappe des Städteatlas durch die beigelegten Tafeln. Damit ist die Mappe Siegburg besonders üppig bedacht worden. 14 Tafeln enthalten 32 meist farbige Abbildungen. Grundlage aller Mappen ist die Neuzeichnung des Katasterplans, der sog. Urkarte, aus der Zeit vom Anfang des 19. Jahrhunderts, die einen Vergleich der Stadtentwicklung auf späteren Karten, die ebenfalls der Mappe beigegeben werden, möglich macht. Da Siegburg eine ältere Stadt ist, konnten auch einige weniger bekannte Ansichten der Stadt und der Abtei auf dem Michaelsberg in hervorragender Qualität publiziert werden.

Die an der bergischen Geschichte Interessierten können Frau Pracht-Jörns dankbar sein, dass sie nach Ratingen, Angermund und Monheim mit Siegburg bereits die vierte bergische Stadt für den Rheinischen Städteatlas bearbeitet hat, und zwar in hervorragender Weise. Da sie noch längst nicht im Rentenalter ist wie der ehemalige Stadtarchivar von Mönchengladbach Wolfgang Löhr, der mit seinen 82 Jahren als neunte von ihm bearbeitete Mappe Kaster zur Lieferung XXI beigegeben hat, mag man wünschen, dass Frau Pracht-Jörns weitere Stadtrechtsorte bearbeitet und diese im Bergischen Land

liegen mögen. Auch wenn ich keine Bestätigung dafür erhalten habe, hat sie Gräfrath bereits in den Blick genommen. Damit wären alle fünf Stadtrechtssorte, die die heutige Stadt Solingen ausmachen, mit einer Mappe bedacht.

Kurt Wesoly, Bonn

Hugo STEHKÄMPER, Carl DIETMAR, Köln im Hochmittelalter. 1074/75–1288 (Geschichte der Stadt Köln, Bd. 3), Köln: Greven 2016, 550 Seiten, zahlreiche Abb., 6,0 €, ISBN 978-3-774-30442-0

Hugo Stehkämper und Carl Dietmar legten 2016 den dritten Band der „Geschichte der Stadt Köln“ vor, die seit 2004 im Greven Verlag von der Historischen Gesellschaft Köln e.V. herausgegeben werden. Sieben der 13 Bände sind inzwischen veröffentlicht, die unregelmäßig und nicht chronologisch erscheinen. Stehkämper und Dietmar haben den ersten Band zur Epoche des Mittelalters verfasst, für die Bände zum Früh- und Spätmittelalter sind noch keine Veröffentlichungstermine bekannt.

Hugo Stehkämper, ehemaliger Leiter des Kölner Stadtarchivs (1969–1994), der vor der Veröffentlichung verstorben ist, gilt als renommierter Kenner der Stadtgeschichte Kölns im Mittelalter auf lokaler, reichs- wie europaweiter Ebene – allein elf Eigentitel sind im Literaturverzeichnis aufgeführt. Für das vorliegende Buch hat er die Kapitel eins bis neun als umfangreiches Manuskript beige-steuert, die sich mit dem Übergang Kölns vom Früh- ins Hochmittelalter sowie mit der Struktur und Entwicklung der Stadt befassen. Carl Dietmar – promovierter Mediävist, Journalist beim Kölner Stadtanzeiger und Träger des Köln-Literatur-Preises (2005) – hat die letzten drei Kapitel des Buches mit dem Schwerpunkt des 13. Jahrhunderts verfasst sowie die vorherigen neun Kapitel in Teilen gekürzt und ergänzt – ein Bearbeitungsregister zu den Änderungen Dietmars ist nicht beigegeben.

Der Text wird ergänzt durch Personen-, Sach- und Ortsregister sowie ein Glossar mit 26 zentralen Begriffen zu Eigenheiten der Kölner Stadtgeschichte. Ebenso ist ein farbiger Stadtplan dem Band beige-fügt, auf dem die Stadterweiterungen, Stadtbezirke und Stadtbebauung bis 1300 sowie Kirchen und Klöster abgebildet sind.

Die Darstellung beginnt mit dem Jahr 1074/75, als die Bürger gegen den Erzbischof das erste Mal politisch in Erscheinung traten, und endet mit der Schlacht von Worringen 1288. Die zwölf Kapitel zeichnen die Geschichte Kölns vom 11. bis zum 13. Jahrhundert überwiegend chronologisch nach. Die ersten Kapitel skizzieren die Entstehung der Kölner Stadtgemeinde als politisches Gebilde sowie ihre fortschreitende Unabhängigkeit. Im Zentrum stehen dabei die Auseinandersetzungen mit dem Erzbischof sowie die Beziehungen und Konflikte mit den Kaisern und dem Reich. Ende des 11. Jahrhunderts stellte sich zudem die Frage des Judenschutzes und des ersten Kreuzzugs. Kapitel zwei beschreibt die Entstehung der bürgerlichen Stadtgemeinde über die politische Selbstverwaltung in der Auseinandersetzung mit König Heinrich V. und Erzbischof Friedrich I. Das Kapitel endet mit der Forschungsdiskussion um die *coniuratio* von 1112. Die fortschreitende Unabhängigkeit wird in Kapitel drei anhand des Agierens der Bürger

gegenüber ihren Stadtherren sowie Kaiser Friedrich I. Barbarossa untersucht. Kapitel vier befasst sich mit dem deutschen Thronstreit im Übergang zum 13. Jahrhundert sowie der Positionierung der Bürger.

Die Kapitel fünf bis neun beschreiben die Gliederung und den Ausbau des Stadtgebiets, die Entstehung, Schichtung und soziale Mobilität der Stadtgesellschaft, die Entwicklung der Verfassungsstruktur und Rechtsprechung sowie die Wirtschaftszweige und geistliche Organisation der Pfarrbezirke der Stadt. Die von Dietmar verfassten Kapitel zehn bis zwölf zentrieren auf das 13. Jahrhundert: Kapitel zehn beginnt mit den Konflikten zwischen der Bürgerschaft und Erzbischof Engelbert I. von Berg und schließt mit dem Großen Schied von 1258 und der anschließenden ‚Revolution von Oben‘ durch Erzbischof Konrad von Hochstaden, während Kapitel elf die Darstellung der Konflikte mit den Erzbischöfen Engelbert II. von Falkenburg und Erzbischof Siegfried von Westerbürg bis zur Schlacht von Worringen fortführt. Das zwölfte Kapitel zeichnet Kölns Erscheinungsbild anhand der Bauwerke und der Infrastruktur zum Ende des 13. Jahrhunderts. Dabei stehen die Sakralgebäude und insbesondere der Kölner Dom im Zentrum. Der Ausblick behandelt die Versöhnung des Erzbischofs Wikbold von Holte 1289 und schließt damit gleichzeitig die konfliktorientierten Kapitel sowie das 13. Jahrhundert ab.

Der Untersuchung liegen zahlreiche Quellen zugrunde. Neben den Schreinsbüchern, die seit 1130 in den Kirchspielen geführt worden waren, stützt sich die Zusammenstellung hauptsächlich auf narrative Quellen, vornehmlich die Stadtchroniken von Gottfried Hagen (‚Reimchronik‘, 1270) sowie auf zahlreiche Urkundenbücher der Stadt und des Reiches, aber auch weitere, zeitgenössische Darstellungen, wie die Annalen des Lampert von Hersfeld (1077–1079).

Während der erste Teil des Bandes hauptsächlich Kölns Positionen und politisches Handeln auf den reichs- und lokalpolitischen Konfliktebenen in den Blick nimmt und daran die Entwicklung „von der Bischofsstadt zur selbstverwalteten Kommune“ darstellt, richtet sich erst im mittleren Teil mit Kapitel fünf der Blick auf die Strukturen der Stadt. Die letzten drei Kapitel führen die meist verfassungsrechtlich orientierte Ereignisgeschichte des 13. Jahrhunderts aus – Dietmar orientiert sich dabei an den Stadtchroniken. Entsprechend bleiben die Schilderungen klassisch und fragen nicht danach, was die Chroniken nicht behandeln – ein Rückgriff auf die diesbezüglichen Erkenntnisse von Wolfgang Herborn und Klaus Militzer wären strukturierend und weiterführend gewesen. So spielt sich die Geschichte Kölns im 13. Jahrhundert hauptsächlich zwischen Erzbischof, einigen bürgerlichen Trägern der politischen Institutionen und den umliegenden Territorialherren ab. Die Heterogenität der Stadtgesellschaft, wie sie in der Revolution von Oben seit 1259 und in der Schlacht an der Ulrepforte 1268 in Erscheinung traten, bleibt schemenhaft. Die klassische Tradition der Dichotomie zwischen Stadtherren und bürgerlicher Stadtgesellschaft wird nur an wenigen Stellen aufgebrochen.

Einige Begriffe und geschichtswissenschaftliche Konzepte bleiben unkommentiert: Beispielsweise wird ‚Herrschaft‘ weitgehend als starres und juristisches Konstrukt, als Verfügungsmacht über die Gerichtsbarkeit der sich herausbildenden Institutionen in der Stadt vorausgesetzt. Weder erhalten reichspolitische Wechselwirkungen mit innerstädtischen Konfliktlagen, noch kulturelle Formen der Machtausübung einen Raum in den

Ausführungen. Bettelorden, Beginenbewegung und weitere religiöse Gruppen werden erwähnt, ihr Einfluss auf die Stadtgesellschaft, die Stadtpolitik oder den städtischen Alltag bleibt jedoch offen.

Schon im Vorwort wird verdeutlicht, dass die Leser*innen eine wissenschaftliche Geschichte der Stadt Köln erwartet, die sich an ein breites geschichtsinteressiertes Publikum richten möchte. Dieses Anliegen wird von Stehkämper und Dietmar in klassischer Darstellungsweise umfangreich erfüllt. Sie liefern eine beeindruckende und klassisch anmutende Zusammenstellung zu einer hoch-dynamischen Zeit, bleiben jedoch an einigen Stellen hinter dem Forschungsstand zurück.

Die Sprache ist durchgängig verständlich, wenn auch an einigen Stellen metaphorisch hochtrabend und dadurch etwas ungenau: „Doch über die [Bürger] wie über alle Einwohner wölbte sich die Stadtherrschaft des Erzbischofs“ (S. 11). Insbesondere in den letzten Kapiteln ist die Darstellungsweise der politischen Ereignisse mit den umliegenden Territorialherren sehr voraussetzungsvoll – eine politische Karte der Partikularinteressen wäre neben dem umfangreichen Bildmaterial verständnisfördernd gewesen.

Begriffe wie Freiheit, Treue oder Rache bleiben häufig amorph und den Narrativen der Quellen verhaftet. Zahlreiche Charakterisierungen von Einzelpersonen und Gruppen werden so zwar lebendig, die Analyse der Konfliktparteien bleibt ebenso unscharf wie tendenziös. Entstanden ist so eine sehr dichte, nachvollziehbare und greifbare Darstellung der Gestalt und Geschichte Kölns im Hochmittelalter, welche die umfangreichen Quellen ernst nimmt und die Inhalte älterer Stadtgeschichtsforschung immer wieder kritisch reflektiert, ergänzt und aktualisiert – ein etwas weiterer, wissenschaftlicher Blick auf Einzelphänomene in der Geschichte Kölns hätten über den plausibel zusammengetragenen Geschichtskanon erweitern können.

Jan-Willem Waterböhr, Bielefeld

Hermann KLUGKIST HESSE, Elberfeld und seine Kirche im Jahrhundert der Reformation, hg. v. Daniela-Nadine REIHER und Hermann-Peter EBERLEIN, Kamen: Verlag Hartmut Spenner 2019, 237 Seiten, 14 Abb., 16,80 €, ISBN 978-3-89991-209-8

Die Kirchengemeinden Barmens haben immer wieder Historiker gefunden, die sich ihrer Entstehung und Entwicklung angenommen und ihre Geschichte in eindrucksvollen Studien dargestellt und analysiert haben, zuletzt in der von Pfarrer Fritz Mehnert herausgegebenen Oberbarmer Gemeindeggeschichte.¹ In Elberfeld ist das nicht geschehen, das Fehlen einer Elberfelder Kirchengeschichte, vor allem einer Geschichte der über etliche Jahrhunderte tonangebenden reformierten Kirchengemeinde ist deshalb eine ausgesprochene Lücke in der Stadtgeschichte Wuppertals. In den 1940er Jahren hat Pfarrer Lic. Hermann Klugkist Hesse (1884–1949) eine mehrteilige Geschichte von reformiert Elberfeld begonnen und bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts weitgehend fertiggestellt,

¹ Fritz MEHNERT (Hg.), Oberbarmer Gemeindeggeschichte. Gemarkte, Wichlinghausen, Wuppertal, Hatzfeld, Heidt, Heckinghausen. Wuppertal 2002.

die einzelnen Teile aber nicht mehr zu einem Werk aus einem Guss vervollständigen und für den Druck vorbereiten können. Jetzt liegen die einzelnen Teile des Hesseschen Werkes in drei Bänden, die bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts reichen, vor.²

Die Frage, ob die Drucklegung eines vor fast 80 Jahren verfassten Werkes noch zeitgemäß und von wissenschaftlichem Wert sei, ist eindeutig positiv zu beantworten. Klugkist Hesse, einer der besten Kenner der Wuppertaler und rheinischen Kirchengeschichte seiner Zeit und Dozent für dieses Fach an der Kirchlichen Hochschule der Bekennenden Kirche, schöpfte hier und in anderen, von ihm verfassten Werken³ direkt aus den Quellen, den Urkunden- und Aktenbeständen in den relevanten Archiven, den Presbyterial- und Synodalprotokollen. Leider hat er seine Fundorte nicht angegeben, weil er wohl vor allem für seine Gemeinde und nicht für die Wissenschaft schrieb. Seine Darstellung ist dennoch von großer Quellennähe geprägt und mit wörtlichen Zitaten gewürzt. Weil ein Teil seines Materials heute nicht mehr greifbar ist, besitzt sein Werk einen umso größeren Wert für die Stadtgeschichte Elberfelds.

Klugkist Hesse war vor allem ein Chronist, der von vergangenen Zeiten in einer uns heute oft fremden, von der Dichtkunst statt von reformierter und wissenschaftlicher Nüchternheit bestimmten, bilderreichen Sprache erzählt. Aber diese Erzählung ist ehrlich und deshalb voller Spannung. Denn Klugkist Hesse schildert nicht nur die hellen und erfolgreichen Seiten der Entwicklung seiner Gemeinde, ihr Wachsen und Widerstehen gegenüber allen Attacken äußerer Gegner und innerer Widersacher. Auch die dunklen und fragwürdigen Szenen der Gemeinde-Vergangenheit finden Berücksichtigung, die Konkurrenz zwischen den Elberfelder Pfarrern, die manchmal in heftige Konflikte, ja in irreparable Zerwürfnisse mündeten, wobei sich die streitenden Parteien alles andere als christlich verhielten; die Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde, auch die charakterlich fragwürdigen Seiten von den „Dienern am Wort“ wie von Gemeindegliedern kommen hinreichend zu Wort.

Der vorliegende Band widmet sich dem Reformationsjahrhundert in Elberfeld. Leider umfasst er nicht die eigentliche Reformation, also den Anstoß zur Änderung und praktisch vollständigen Umwandlung der Gemeinde in den 1530er bis 1550er Jahren. Vermutlich hat der Verfasser diesen wichtigen Teil seiner Gemeindegeschichte vor seinem Tod nicht mehr fertigstellen können. Die Darstellung beginnt erst mit der „Verankerung“ der Reformation in Elberfeld nach 1560, vor allem vollzogen von dem Pfarrer Wilhelm Heimbach. Dazu zählt zum Beispiel die Konstituierung eines Presbyteriums, das 1587 zum ersten Mal erwähnt wird, aber wohl schon vorher existiert hat, wobei der Autor darauf hinweist, dass zahlreiche gemeindliche Leitungsfunktionen schon lange vor der Reformation von einflussreichen Laien in der Gemeinde wahrgenommen wurden, die Beteiligung der Gläubigen an der Organisation ihrer Gemeinde also nicht neu

2 Neben dem hier zu besprechenden Band sind es folgende Bände: Hermann KLUGKIST HESSE, *Elberfeld und seine Kirche im Mittelalter und im Dreißigjährigen Krieg*, hg. v. Daniela-Nadine REIHER und Hermann-Peter EBERLEIN, Kamen 2013; Hermann KLUGKIST HESSE, *Elberfeld und seine reformierte Gemeinde im 17. Jahrhundert*, Kamen 2018.

3 Vgl. Klaus GOEBEL, Hermann Klugkist Hesse. Verzeichnis seiner Schriften. In: Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte 19 (1970), S. 172–177.

war. Auch die Dreiteilung der Gemeinde Elberfeld in die „Freiheit“ – Stadtrechte erhielt Elberfeld erst 1610 –, das umliegende Kirchspiel und Unterbarmen wurde schon vor der Reformation praktiziert.

Die Herausgeber haben daneben weitere Aufsätze des Verfassers in den Band aufgenommen. Am wichtigsten für die lokalgeschichtliche Forschung zur Reformation sind zwei Aufsätze über Peter Lo, den angeblichen Reformator Elberfelds. Klugkist Hesse hat aufgrund von Briefkunden im Staatsarchiv Marburg den Umfang der Verwaltungstätigkeit rekonstruiert, die Peter Lo für die Waldeckischen Grafen unternommen hat und die ihm kaum Zeit ließ, die Bemühungen um eine Reform der Kirche in Elberfeld, die er wohl angestoßen hat, weiter zu verfolgen. Erste Zweifel an Los Reformtätigkeit in Elberfeld hat Klugkist Hesse also schon in den 1940er Jahren geäußert, sie sind inzwischen von der Forschung weitgehend akzeptiert und substantiiert worden.

In einem Aufsatz über Simon Budäus zeichnet Klugkist Hesse das Bild eines Pfarrers, der – zeitweise in Elberfeld um die Jahrhundertwende tätig – als Prediger hohes Ansehen genoss, aber als kompromissloser Eiferer für die evangelische Sache keinem Streit, selbst aus geringem Anlass, aus dem Wege ging und sich in der Gemeinde und bei seinen Kollegen so unbeliebt machte, dass er Elberfeld verlassen musste.

Schließlich ein programmatischer Text Klugkist Hesses, in dem er seine Auffassung von der Geschichte als eines Weltendramas zwischen Gott und Teufel, Gut und Böse, Geist und Materie und all den anderen Gegensatzpaaren darlegt. In Klugkist Hesses historisches Erzählen dringt diese Geschichtstheorie aber seltsamerweise eigentlich kaum ein, wie überhaupt sein Werk wenig theoriebelastet ist.

Es bleibt noch zu erwähnen, dass die beiden zuletzt erschienenen Bände der Elberfelder Kirchengeschichte mit einem hilfreichen Register versehen wurden, der zuerst herausgegebene Band aber leider keins aufweist.

Volkmar Wittmütz, Köln

Hans Werner NIERHAUS, *Reformation – Gesellschaft – Herrschaft. Sozialgeschichte der Reformationszeit im Duisburger und Mülheimer Raum Essen: Klartext 2020; 269 Seiten, 22,95 €, ISBN 978-3-8375-1736-1.*

Mit seiner Studie vermittelt uns der Autor, pensionierter Geschichtslehrer, interessante vergleichende Einblicke in einen territorial übergreifenden, bergisch-klevischen Raum während der „Reformationszeit“. Beobachtet werden vor allem religiöse und kirchliche Entwicklungen in der Herrschaft Broich, der Stadt Duisburg sowie den Orten Meiderich und Ruhrort. Gelegentlich wird die Betrachtung auf Nachbargebiete wie die Stifte Essen und Werden ausgedehnt.

Die Arbeit, die sich allein auf Fachliteratur stützt, ist in systemtheoretische Überlegungen, die sich an Niklas Luhmann anlehnen, eingebunden, deren Erkenntniswert nicht recht einleuchten will. Wenn wir konstatieren, dass sich in dieser Zeit „neue Kommunikationen und neue Kommunikationsanschlüsse“ (S. 247) ausgebildet haben, fragt sich, für welche Epoche dies nicht gelten mag. Der Autor erstellt zudem in seinem Ver-

such, dem Leser eine fremde Zeit näherzubringen, einen Interpretationsrahmen, der in den Geschichtswissenschaften mit großer Skepsis gesehen wird. Er betrachtet Entwicklungen unter den Kategorien Modernität und Fortschrittlichkeit, auch wenn dies stellenweise sehr differenziert geschieht. Viele Thesen provozieren Widerspruch: Dass erst Renaissance, Humanismus und Reformation den Menschen als Individuum hervorgebracht hätten, ist in der mediävistischen Forschung vehement bestritten worden. Indem das theologische Ringen des 16. Jahrhunderts um die Anerkennung eines freien Willens des Menschen in solcherlei Zusammenhängen, konkret der Entstehung von Vorstellungen von menschlicher Würde und heutigen Freiheitsrechten, verortet wird, ergeben sich weitere Probleme: Warum hielten ausgerechnet die Katholiken, im Kontrast zu ihren prominentesten Gegnern bzw. den vermeintlichen Erneuerern, Luther und Calvin, daran fest? Ob Luther als Humanist zu sehen ist, wäre eingehender zu diskutieren. Zweifel erheben sich auch angesichts der Behauptung, erst ab dem 16. Jahrhundert sei überhaupt ein politisches System entstanden, das sich aus einem religiösen System herausgelöst habe. Die Forschungsdiskussionen über den engen Konnex von Religion und Politik noch im 17. Jahrhundert, zu erfassen mit Begriffen wie „Konfessionalisierung“ und „konfessionelles Zeitalter“, weisen in eine andere Richtung. Letztlich ist die Definition der Reformation als „theologische Lehre“ oder gar, bezogen auf den gesellschaftlichen Bereich, als „anspruchsvolle Theorie“ (S. 217) kaum nachvollziehbar.

Der Wert der Untersuchungen kommt eher über den mikroskopischen Blick zustande: Für einen relativ kleinen Raum werden sehr genau komplexe politische Verhältnisse beschrieben, in denen sich die kirchlichen Veränderungen vollzogen. Ein Beispiel: Den Herren von Broich gelang es, ihre Konkurrenten um die Macht in Mülheim an der Ruhr und Umgebung, die Herren von Styrum, immer mehr ins Hintertreffen abzurängen, trotz derer aus dem Mittelalter stammenden weitreichenden Kollationsrechte. In Kooperation mit Untertanen festigten Wirich V. von Daun-Falkenstein und seine Nachfolger als Herren zu Broich ihre prominente Stellung im Kirchenwesen gegenüber den dem katholischen Glauben treu bleibenden Adeligen auf Schloss Styrum. Hier sieht der Autor zu Recht einen „unmittelbaren Zusammenhang zwischen weltlicher Politik und Kirchenpolitik im Rahmen der Unterherrschaft“ (S. 137). Freilich sollten sich die Herren von Broich im Verlaufe der Veränderungen, die zur Ausbildung einer reformierten Gemeinde im Hauptort führten, selbst in ihren Herrschaftsrechten eingeschränkt sehen. Wilhelm Wirich von Daun sah sich in den 1640er Jahren dazu veranlasst, den Predigern von Mülheim die Teilnahme an den klevischen reformierten Synoden zu verbieten. Man kann ersehen, dass innerhalb der reformierten Konfession eine Dynamik entfaltet wurde, die den politischen Ansprüchen der Herren zuwiderlaufen und territoriale Loyalitätskriterien sprengen konnte. Dies galt umso mehr, als sich Mischkonfessionalität in den jülich-klevischen Ländern verfestigte, so auch in Mülheim, wo Wilhelm Wirich 1658 eine lutherische Kirche erbauen ließ.

Für den eigentlichen Beginn der Reformation in den verschiedenen Orten finden sich, den Beobachtungen von Nierhaus zufolge, nur selten Belege. Dies lässt sich mit einer verdeckten konfessionellen Pluralisierung, die sich sehr gut über einige der hier präsentierten Beispiele nachvollziehen lässt, erklären. Viele Prediger ließen eine Zuordnung zu einer der

großen Konfessionen (katholisch, evangelisch-lutherisch, evangelisch-reformiert), auch wenn sich die Unterschiede im Verlaufe der Zeit immer stärker herauschälten, offen. Angesichts eines sich im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts verstärkenden Drucks der Landesherrn, katholische Verhältnisse zu restaurieren, ließen sich adelige Herrschaftsträger auf merkwürdige Strategien ein, um das Versteckspiel weiter zu treiben. Adolf von Neuenahr, Graf zu Moers, selbst ein überzeugter Anhänger der reformierten Konfession, riet in den 1570er Jahren seinem Verwandten, Graf Wirich VI. von Daun, auf den Wunsch des Landesherrn hin einen als katholisch eingeschätzten Priester einzusetzen, um zu einem späteren Zeitpunkt eine andere, bessere Wahl zu treffen (S. 158).

Die Überkreuzung konfessioneller und politischer Gesichtspunkte zeigt sich ebenfalls in der Inszenierung der evangelischen Herren von Broich als Schutzherrn des katholischen Klosters Saarn, die zur Akzeptanz der Einbindung des Abtes vom Kloster Kamp in die Aufsicht über die Klosterdisziplin führte. Kein Einzelfall war es auch, dass in der kleinen Herrschaft Meiderich, in der die Herrschaft und die Gemeinde ebenfalls der reformierten Lehre zugetan waren, bei jeder Einsetzung von Pfarrern um die Bestätigung durch Repräsentanten katholischer Einrichtungen, hier konkret der Äbtissin von Geresheim, angesucht wurde, um aus dem Mittelalter überlieferten Rechten Genüge zu tun (S. 210). Andererseits ließen sich tiefe Unterschiede im Glauben keineswegs in jedem Fall verbergen oder herunterspielen. Die reformatorischen Entwicklungen in Duisburg, in der Sicht der Herzöge von Jülich, Kleve und Berg neben Wesel der wichtigsten Stadt am Niederrhein, wurden nicht zuletzt durch die ökonomische Bedeutung und die dadurch bedingte Machtposition der dortigen Führungsschichten begünstigt.

Insgesamt lohnt es sich sehr, das Buch zu lesen. Wünschenswerte, noch tiefere Einsichten in die „Reformationszeit“ würden sich auch aus vielen bislang kaum benutzten Quellen ergeben, von denen sich nicht wenige im Stadtarchiv von Mülheim an der Ruhr befinden.

Ralf-Peter Fuchs, Essen

Guido von BÜREN, Ralf-Peter FUCHS, Georg MÖLICH (Hg.), Herrschaft, Hof und Humanismus. Wilhelm V. von Jülich-Kleve-Berg und seine Zeit (Schriftenreihe der Niederrhein-Akademie 11), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2018, 608 S., 110 Abb., 34 €, ISBN 978-3-7395-1201-3

Die Niederrhein-Akademie legt einen gewichtigen Sammelband mit insgesamt 22 Beiträgen vor, die auf den Vorträgen einer Tagung im August 2016 im klevischen Wasserschloss Rindern hervorgegangen sind. Die Tagung versammelte einen hoch respektablen Kreis von langjährigen Regionalhistorikern und außerhalb der Region tätigen Humanismus-Spezialisten, deren Zusammentreffen eine faszinierende Gesamtschau von Fürstenpersönlichkeit, Hofleben und geistes- und kulturgeschichtlichen Entwicklungen im Nordwesten des Reiches ermöglichte. Die Beiträge greifen daher sowohl „klassische“ Thematiken, wie die Auseinandersetzungen mit Karl V., den Einfluss der Landstände oder die Religionspolitik in neuer Sicht auf, stellen auch kulturelle Faktoren heraus, die

bisher wenig oder gar nicht untersucht wurden und bringen diese in Zusammenhang mit den politischen und intellektuellen Entwicklungen der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Nicht zuletzt erschließt die Publikation in vielen Beiträgen neue Quellen.

Die Herausgeber gliedern die Texte in vier Abteilungen. Die erste, „Biographisches“ betitelt, beginnt mit einer von *Andreas Rutz* kommentierten Edition des Nachrufes auf den Herzog, den der Kölner Ratsherr Hermann von Weinsberg unmittelbar nach dessen Tod schrieb. Der Quellentext ist in der digitalen Gesamtausgabe der Aufzeichnungen Weinsbergs verfügbar und gibt neben der Erzählung historischer Ereignisse zahlreiche Anekdoten wieder, die die Weisheit des gestorbenen Fürsten belegen und damit seiner Memoria dienen sollen. Der zweite Aufsatz von *Guido von Büren* behandelt erstmals die gesammelten Porträts des Herzogs und seiner Familie und verbindet quellenkritische sowie kunsthistorische Einsichten. Das anlässlich des 75. Geburtstags 1591 gemalte Porträt des Hofmalers Johann Malthain wird als ein zeitgenössisch realistisches Bildnis (durch Vergleich mit dem Schädelknochen) gewürdigt, bei zahlreichen anderen Ganzkörperdarstellungen, Plastiken oder Medaillenporträts ist dies unsicherer, da sie auf unterschiedliche Vorarbeiten zurückgeführt werden können. In der reichhaltigen Überlieferung deutet sich die Öffentlichkeitswirksamkeit der politischen Rolle des Herzogs an.

Die umfangreichere zweite Abteilung „Herrschaft“ eröffnet den Blick auf die politischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Territoriums sowie auf die Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen und religiösen Strömungen während der Herrschaftszeit des Herzogs. *Andreas Rutz* erläutert in einem luziden Forschungsüberblick Möglichkeiten und Grenzen fürstlicher Herrschaft im Reich und weist auf die aktuelle Betonung von so unterschiedlichen frühneuzeitlichen Strukturmerkmalen wie Verwaltungsgliederung, symbolischen Inszenierungen, Rolle von Frauen in der Politik oder Kommunikationsstrukturen hin, die Herrschaft nicht nur auf die Person des Fürsten konzentriert sehen. Einige dieser neueren Fragestellungen sind für die Vereinigten Herzogtümer noch wenig untersucht. Einen Überblick zur territorialen Interessenpolitik liefert *Stefan Gorissen* und ergänzt damit die Kontextualisierung der Herrschaftsverhältnisse. Er spricht von „chronisch prekären dynastischen Verhältnissen“ (S. 136), die das Zusammenwachsen der Vereinigten Herzogtümer, aber auch die Entwicklung der Nachfolgeterritorien im 17. und 18. Jahrhundert behinderten und durch die gegensätzliche konfessionelle Orientierung nach 1609 noch verstärkt wurden. Einen detaillierten Blick auf den Geldrischen Erbfolgestreit und das Verhältnis des Herzogs zu Kaiser Karl V. wirft auf der Grundlage älterer und neuerer Literatur *Matthias Böck*. Er betont die gesamteuropäische Bedeutung der Niederlande-Politik des Kaisers, die einen Kompromiss unmöglich machte. Die Beziehung Herzog Wilhelms mit dem Schmalkaldischen Bund hätte hier noch etwas stärker einbezogen werden können. Die Landstände als politischer Faktor, der in Kooperation und gelegentlicher Opposition zum Herzog stand, gewichtet *Michael Kaiser* neu. Streitigkeiten betrafen etwa das Indigenat und das Verhältnis der territorial getrennt tagenden Landtage bzw. der jeweiligen Ritterschaften zueinander. Zusätzliches Sprengpotential barg später die konfessionelle Spaltung des Adels und der Räte.

Zwei Beiträge konturieren den oft vernachlässigten Bereich der regionalen Justiz und ihrer Reformen im 16. Jahrhundert. Die intensiven Versuche einer Herrschafts-

durchdringung mittels Verwaltung und Rechtsetzung schildert mit genauem Blick auf die Quellen *Lothar Schilling* und verwendet dafür den Begriff der „guten Polickey“, ein zeitgenössisches Leitmotiv. Er betont, dass die landesherrliche Reformentwicklung der 1550er Jahre ohne die Mitwirkung der einheimischen Eliten nicht möglich gewesen wäre, und warnt vor personalistisch zugespitzten Zuschreibungen auf den alleinigen Willen des Fürsten. Ergänzend sucht *Matthias Schmoeckel* die frühen Bauten Herzog Wilhelms, insbesondere die Zitadelle Jülich, als Ausdruck eines frühabsolutistischen Herrschaftsverständnisses zu interpretieren. Allerdings beruhen seine Argumente vorwiegend auf ideengeschichtlichen Zusammenhängen, während entgegenstehende Handlungen und Äußerungen des Herzogs nicht berücksichtigt werden. Der Autor konzediert abschließend, die Beziehungen zwischen Architektur, Staats- und Rechtslehre müssten noch stärker als gemeinsame Konzeption verstanden werden, was sicher anregend ist.

Mit dem Aufsatz von *Erika Münster-Schröer* zu den Hexenverfolgungen am Niederrhein im 16. Jahrhundert wird eine Reihe von vier Beiträgen zur Religionsproblematik eingeleitet. Sie stellt die gescheiterten Versuche des letzten Herzogs Johann Wilhelm vor, die unter seinem Vater Wilhelm V. beendeten Hexenprozesse wieder in Gang zu bringen. Ihr Beitrag wirft hierbei auch ein Schlaglicht auf die Rolle des Landschreibers Dietrich Graminäus. Eine erneute Lektüre wichtiger Quellen des Düsseldorfer Staatsarchivs unternahm *Susanne Becker* für ihren Beitrag zur Bedeutung der *Confessio Augustana Invariata* für die theologische Haltung des Düsseldorfer Hofes. Sie schlägt die Einteilung in zwei Phasen vor: Der aktiven Religionspolitik der Jahre 1555 bis 1567 folgte eine passive Reformpolitik bis 1592, die gleichwohl die bisherige Linie beibehielt und eine Gemeinschaft aller Christen unter Ausschluss lediglich der Calvinistisch-Reformierten und der Sakramentierer postulierte. Herzog Wilhelm sei nur aus machtpolitischen Gründen (außenpolitischer Druck) auf die sich neu formierende katholische „Gegenreformation“ zugegangen. *Antje Flüchter* hingegen versteht, auf eigenen Vorarbeiten fußend, die herzogliche Religionspolitik eher als symbolische Kommunikation zwischen Herrschaft, Zwischengewalten und Untertanen und betont den neuerdings in der Forschung entwickelten Begriff der „Ambiguität“ als eine Haltung, die bewusst gegenüber der religiösen Kirchenspaltung Distanz gewahrt habe. *Ralf-Peter Fuchs* weist hingegen darauf hin, dass Wilhelm V. einige wichtige kirchenorganisatorische Elemente des Katholizismus beibehalten habe, etwa das Klosterwesen; auch habe der Herzog die Kontroverstheologie aller Seiten abgelehnt. Fuchs orientiert sich daher am zeitgenössischen Begriff der *dissimulatio*, einer Mischung aus theologischen Zwischentönen und politischem Aufschieben möglicher Konfliktstoffe. In der Diskussion neuer Begrifflichkeiten ergeben sich interessante neue Blickwinkel für das Themenfeld, allerdings muss doch auch noch einmal auf die realen Möglichkeiten der herzoglichen Religionspolitik verwiesen werden: landesherrliche Besetzungsrechte bei Pfarrstellen, Durchsetzung von Verboten auf der lokalen Ebene etc. Wie hätte eine Alternative zur *via media* aussehen können?

Die dritte Abteilung „Hof“ widmet sich in fünf Beiträgen bisher wenig beachteten Phänomenen der niederrheinischen Hofkultur, nicht nur in der Residenzstadt Düsseldorf, sondern auch in den Nebenresidenzen Kleve und Jülich. Den mit Abstand längsten Beitrag steuert *Guido von Büren* bei, der mit der Betrachtung von Rangbewusstsein und

Repräsentation am Hof Wilhelms V. einen Rahmen auch für die folgenden Texte setzt. Er resümiert die am Jülicher Museum beheimateten Forschungen zum Einfluss der Baumeisterfamilie Pasqualini auf den Bau von Schloss und Zitadelle Jülich und ordnet die Architektur den Traditionen habsburgischer Bauten zu. Solche europäisch-hochadligen Bezüge stellt er auch für die Feierlichkeiten anlässlich der Düsseldorfer Hochzeit von 1585 fest. Der Druck von Graminäus hatte vermutlich eine Beschreibung der Münchener Fürstenhochzeit von 1568 zum Vorbild. Die berühmte Festbeschreibung von Graminäus bildet auch den Ausgangspunkt für weitere Aufsätze zur Hofkultur, so zur Musik durch *Martin Lubenow*. Die Hofmusik um Martin Peudargent wird von ihm kompetent durch Vergleiche mit anderen Musikaufführungen analysiert und konstatiert, die Düsseldorfer Musikpflege, obwohl nicht von höchster Qualität, habe unter dem Einfluss verschiedener Kompositionsströmungen eine eigene Stilistik entwickelt. Einen weiteren Vergleich, nämlich zwischen den herzoglichen Festbeschreibungen von 1573, 1574 und 1585, stellt Rebecca Anna in den Mittelpunkt und fragt nach der Rolle des Braut- bzw. Bräutigamvaters, die Wilhelm V. hier jeweils einnahm. Bei der Untersuchung der Schilderung zeremonieller Handlungen kommt sie zum Ergebnis, dass alle Beschreibungen auf die Person des Herzogs zentriert sind, die letzte (durch Graminäus) die Vorläufer jedoch bewusst in den Formulierungen überbietet. Im Übrigen bietet die Autorin auch einige Hinweise auf den wechselnden Gesundheitszustand des Herzogs.

Den wissenschaftlich-medizinischen und astrologischen Thematiken, die am Düsseldorfer Hof diskutiert wurden, ringt *Rita Voltmer* durch Vergleiche mit anderen Fällen fürstlicher Erkrankungen einige neue Erkenntnisse für die Zeit nach 1585 ab. Im Mittelpunkt stand das dynastische Problem, also die Frage, ob der Herzogssohn Johann Wilhelm noch regierungsfähig und zur Zeugung eines Erben in der Lage war. Sowohl der Kaiserhof als auch die Regierungsräte unternahmen daher zahlreiche Versuche einer medizinischen Behandlung und wandten sich nach deren Erfolglosigkeit auch (aus heutiger Sicht) esoterischen Hilfsmitteln zu. Voltmer beschreibt detailgetreu die Tätigkeit von Medizинern, Astrologen und obskuren Privatpersonen und bewertet ihre Anwendungen mit Hilfe zeitgenössischen Schrifttums. Eine zentrale Rolle spielte der „Melancholie“-Diskurs, der sich in diagnostischen Texten, Korrespondenzen mit anderen Höfen und ärztlichen Berichten spiegelt. Die Autorin kann Parallelen zwischen der Diskussion medizinischer Fragen und der „politischen Dämonologie“ nachweisen, die von katholischen Theologen propagiert wurden und bis hin zu Vorschlägen von Teufelsaustreibungen führten. Für das für Wilhelm V. errichtete Grabmal in der Düsseldorfer Lambertuskirche (1599) weist anschließend *Stefan Heinz* römische Vorbilder nach, die der Kölner Bildhauer Gerhard Scheben auswählte und den bis heute nicht bekannten Entscheidungsträgern unter den Hofräten vorlegte. Wichtig war insbesondere das Grabmal Papst Hadrians VI. in der Kirche *Santa Maria dell' Anima*, das bei rheinischen Architekturinteressierten gut bekannt war und eine liegende Trauergestalt zeigt, wie sie ebenfalls für die Figur des verstorbenen Herzogs in Szene gesetzt wurde. Heinz interpretiert das Grabmal mit Blick auf zeitgenössische Quellen als Ausdruck der Hoffnung auf Auferstehung.

Die vierte und kürzeste Abteilung versammelt fünf Aufsätze, die dem Themenkreis „Humanismus“ zugeordnet sind und nach einem umfassenden Überblick vier besonders

herausgehobene Protagonisten präsentieren. *Johannes Helmrath* beschreibt zunächst Themenkreise, Personen und Zentren des Humanismus in Deutschland und verbindet dies mit einem systematisierenden Blick auf die Historiographie. Obwohl den Vereinigten Herzogtümern eine Universität fehlte, versammelten sich einige herausragende Gelehrte am Niederrhein, die von Wilhelm V. – hier in der Tradition seines Vaters – finanziell gefördert wurden. Den zentralen humanistisch inspirierten Ort des Rheinlandes bildete jedoch die Reichsstadt Köln. Mit Georg Cassander (1513–1566) stellt *Peter Arnold Heuser* einen der bekanntesten Vertreter vor, der altkirchliche Texte edierte und sich für religiösen Pluralismus aussprach. Heuser weist zurecht energisch auf Erschließungslücken hin: Für viele niederrheinische Humanisten fehlen Editionen der Korrespondenzen. Gleichwohl kann Heuser einiges zu den Netzwerken aus Freunden und Briefpartnern sagen und die Beteiligung an zahlreichen Fürsten- und Theologentreffen bewerten. Ebenso hebt er die Wirkungsgeschichte der Werke Cassanders bis ins 18. Jahrhundert hervor. Dem besser erforschten herzoglichen Rat Konrad Heresbach widmet *Martin Szameitat* einen die Forschung zusammenfassenden Überblick. Dem Hauslehrer des Prinzen Karl Friedrich, dem 1575 in Rom verstorbenen Sohn Wilhelms V., gilt der Beitrag von *Marc Laureys*. Präzeptor Stephan Pighius verfasste nach dessen Tod die panegyrische Schrift *Hercules Prodicus* auf den Erbprinzen, die einen Bericht über dessen Bildungsreise mit einem Lobpreis der Tugenden des Prinzen verbindet. Laureys stellt Bezüge zu antiken Vorbildern des Textes her und verortet die Tugendlehre des Pighius in der katholischen Gegenreformation. Der letzte Aufsatz ist dem berühmten herzoglichen Leibarzt Johann Weyer, dem Gegner der Hexenverfolgungen, gewidmet. *Hans de Waardt* fasst die wenigen bekannten biographischen Daten zum Leben Weyers zusammen und vergleicht seine Tätigkeit und Werke mit denen seines Bruders Matthias und seines Sohnes Dietrich, der in kurpfälzischen Ratsdiensten stand. Seine seit langem diskutierte religiöse Orientierung versteht Waardt als spiritualistisch (hier wären noch einige neuere Aufsätze von Gary Waite zu Rate zu ziehen).

Insgesamt bietet der Band in den meisten Beiträgen eine erfreuliche neue Sicht auf die faszinierende Geschichte des Niederrheins im 16. Jahrhundert, der zu Vergleichen mit anderen Regionen des Reiches einlädt. In vielen Beiträgen wird der Forschungsstand durch Berücksichtigung neuer Sichtweisen oder Quellenfunde erweitert. Natürlich kann auch ein solcher umfassender Band nicht alle denkbaren Themenfelder abdecken, insbesondere wenn mit dem Zugriff auf kulturelle Phänomene bereits ein neuer Aspekt einbezogen wird. Daher seien im Sinne möglicher Weiterarbeit einige fehlende Thematiken benannt:

Die westfälischen Herrschaftsgebiete kommen insgesamt wenig in den Blick, obwohl die politische, religiöse und auch wirtschaftliche Verschränkung zwischen Westfalen und dem Rheinland später kaum mehr so groß war wie unter Wilhelm V. Gerade in den Fragen der Kirchenpolitik wäre ein Blick auf die Grafschaft Mark und die dortigen Einflussversuche der Regierung hilfreich. Es fällt zweitens auf, dass eine Berücksichtigung der herzoglichen Wirtschaftspolitik fehlt, obwohl die Vereinigten Herzogtümer zu den wirtschaftlich prosperierendsten Regionen des Reiches gehörten, eine überregional handeltreibende Kaufmannschaft sowie frühindustrielle Produktionszentren im Textil- und Metallsektor besaßen. Eine Berücksichtigung überregionaler Quellen steht gerade

für diesen Themenbereich noch aus; so belegen etwa Korrespondenzen im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden die enge Verbindung der herzoglichen Regierung in Fragen der Entwicklung des Bergbaus.

Für eine Gesamtbewertung muss aber auch die Gestaltung des Bandes gewürdigt werden. Er wurde durch die Mithilfe des Verlags für Regionalgeschichte mit zahlreichen exzellenten Abbildungen versehen, darunter 32 Farbtafeln. Sie dienen nicht vorwiegend der Illustration, sondern werden in den Beiträgen zum Thema von Interpretationen gemacht und erhalten so eine Wertschätzung als zeitgenössische Quellen. Das ausführliche Personenregister erschließt den Band vorzüglich.

In ihrer Einleitung formulieren die Herausgeber: „Eine umfassende, möglichst viele Teilbereiche abdeckende Biographie Herzog Wilhelms V. von Jülich-Kleve-Berg bleibt ein Desiderat“ (S. 27). Dies ist nicht nur der Quellenlage geschuldet, sondern auch der langen Regierungszeit des Herzogs und der vielfältigen Verflochtenheit der nordwestlichen Region des Reiches mit den Nachbarn jenseits der Grenzen. Wilhelm V. war kein Provinzfürst, sondern einer der wenigen Reichsfürsten seiner Zeit mit europäischem Format. Daher wird er mit diesem vorzüglichen Band zu Recht erneut zu einem Objekt der Forschung gemacht.

Stefan Ehrenpreis, Innsbruck

Erika MÜNSTER-SCHRÖER, Hexenverfolgung und Kriminalität. Jülich-Kleve-Berg in der Frühen Neuzeit, Essen: Klartext 2017, 450 S., 29,95 €, ISBN: 978-3-8375-1881-8.

Erika Münster-Schröer, Stadtarchivarin in Ratingen, beschäftigt sich bereits seit etwa dreißig Jahren mit Hexenverfolgungen in der Frühen Neuzeit und darf für das Rheinland als ausgewiesene Spezialistin auf diesem Feld gelten. Wie die Autorin in einem Interview für das L.I.S.A.-Portal der Gerda Henkel Stiftung unlängst erläuterte, stand am Beginn ihres Interesses eine Anfrage an das Stadtarchiv zu in Ratingen geschehenen Hexenverfolgungen. Auf Antrag einer Stadtratsfraktion sollte die Stadtarchivarin prüfen, ob es berechtigt wäre, für im 16. Jahrhundert in der Stadt als Hexen hingerichteten Frauen eine Gedenktafel anzubringen. Münster-Schröer konnte damals nachweisen, dass es hier nur einzelne Hexenprozesse gegeben hatte, von einer intensiven Verfolgungstätigkeit also keine Rede sein konnte. Im Ergebnis verzichtete man in Ratingen auf das Anbringen einer Gedenktafel.

Die Ergebnisse ihrer langjährigen Forschungen zu Hexenverfolgungen in den rheinischen Territorien der Frühen Neuzeit präsentiert Münster-Schröer jetzt im vorliegenden Band, einer Darstellung, die auf ausgedehnten Quellenstudien beruht. Die Autorin konzentriert sich auf die Herzogtümer Jülich-Berg und Kleve zwischen den letzten Jahren des 15. Jahrhundert und den 1730er Jahren, als es in Gerresheim zum letzten Hexenprozess am Niederrhein kam. Die Auswahl der einbezogenen Territorien ist keineswegs selbstverständlich und wird von der Autorin nicht weiter begründet. Während die genannten Länder zwischen 1521 und 1609 zusammen mit den hier nicht einbezogenen Grafschaften Mark und Ravensberg die Vereinigten Herzogtümer bildeten, unterstanden Jülich-

Berg einerseits und Kleve andererseits seit 1609 bekanntlich unterschiedlichen Landesherren, die unterschiedlichen Konfessionen angehörten und in vielen politischen Fragen geradezu konträre Positionen einnahmen. Damit blendet die Studie für das 16. Jahrhundert zusammengehörige Entwicklungen aus, während sie für das 17. Jahrhundert Ereignisse nebeneinanderstellt, die kaum einen inneren Zusammenhang aufweisen.

Die bereits von Emil Pauls Ende des 19. Jahrhunderts vorgenommene Charakterisierung der niederrheinischen Territorien als einer Region mit vergleichsweise geringer Verfolgungsintensität bestätigt Münster-Schröer im Fazit: Ergebnis ihrer Studie sei, „dass die Verfolgungen zwar über Einzelfälle hinausgingen, man aber nicht von Massenverfolgungen sprechen kann.“ (S. 404) Angesichts der breit angelegten Quellenarbeit, die die Verfasserin auf sich genommen hat, ist zu erwarten, dass dieses Ergebnis trotz der zahlreichen zu beklagenden Überlieferungslücken bis auf Weiteres Bestand haben wird. Münster-Schröer bearbeitete nicht nur die verfügbaren Gerichtsunterlagen einschließlich der einschlägigen Bestände des Reichskammergerichts, sie hat auch die Bestände zahlreicher Stadtarchive auf neue Quellen hin durchgesehen und systematisch die für die Ämter des Herzogtums Jülich zwischen 1500 und 1550 nahezu lückenlos überlieferten Amtsrechnungen daraufhin ausgewertet, ob sich hier Ausgaben verzeichnet finden, die auf Hexenprozesse und auf die Vollstreckung von Todesurteilen hinweisen.

Gerade die Auswertung der Amtsrechnungen lässt aber auch die Grenzen dieser aufwändigen Quellenarbeit deutlich erkennen: Die Wörter „Hexe“ bzw. „Hexerei“ finden sich in dieser Quellengattung nur ausnahmsweise, häufiger ist hingegen von „Zauberei“ die Rede, ohne dass immer klar wäre, was hiermit gemeint war. Die Notizen in den Amtsrechnungen sind meist spärlich, bei vielen Delikten ist sogar kaum zu erkennen, ob das erwähnte Vergehen überhaupt in das Umfeld der Hexenverfolgungen einzuordnen ist. Dies galt zunächst nicht für die sog. *causae minores*, womit das gerichtliche Vorgehen gegen Fremde, Vagabunden, Landsknechte, aber auch gegen „Verrückte“, die oftmals mit Gefängnisstrafen belegt wurden, zusammengefasst wurde. Aber selbst die meisten Fälle der sog. *causae maiores* lassen sich nicht einer Hexereibesuldigung zuordnen. Häufiger finden sich hier erwartbare Delikte wie Mordbrand, Mord und Totschlag, Diebstahl und Raub, aber auch Blasphemie und andere religiöse Abweichungen. Während insbesondere gegen Täufer scharf vorgegangen wurde und die entsprechenden Verfahren oftmals mit Hinrichtungen der Delinquenten endeten, waren die Richter des 16. Jahrhunderts bei den übrigen Vergehen meist mit der Verhängung der Todesstrafe zurückhaltend. In das Umfeld der Hexereibesuldigung gehören hingegen die zahlreichen Verfahren wegen „Zauberei“ – gemeint war in der Regel ein sog. „Schadenzauber“ –, die in mehr als jedem zweiten Fall (54 von 94) mit einem Justizmord endeten und bis auf einen Ausnahmefall stets Frauen betrafen. Die Vollstreckung von Todesstrafen kann Münster-Schröer in weiteren 82 Fällen nachweisen, bei denen undeutlich bleibt, wessen die Angeklagten beschuldigt worden waren. In den Quellen ist in diesen Fällen lediglich von „Missetaten“ die Rede.

Der Präsentation ihrer Ergebnisse zur Auswertung der Amtsrechnungen widmet die Verfasserin 100 Seiten ihres Buches. Die Vielzahl der hier zusammengetragenen Gerichtsurteile steht in einer bemerkenswerten Spannung zu den oftmals sehr dürftigen In-

formationen über die Einzelfälle und die Unbestimmtheit der Ergebnisse. Entsprechend ermüdend ist die Lektüre dieses Abschnitts, zumal die Darstellung hier das Thema des Buches wiederholt aus den Augen verliert.

Für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts, für das 17. Jahrhundert und für die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts gibt es keine entsprechende Überlieferung, auch fehlt eine vergleichbare Auswertung für die Herzogtümer Kleve und Berg. Münster-Schröer muss sich daher in den folgenden Abschnitten ganz auf die Analyse von bekannten Einzelfällen konzentrieren, die zeitlich zuweilen weit auseinander liegen und verstreute Orte betreffen: Kleve 1580, Epprath 1589, Wesel 1593/94, Jülich 1606, Wesel 1635 (Hexereverdacht, keine Verfolgung) und Gerresheim 1737/38. Existiert unterhalb dieser prominenten Einzelfälle möglicherweise ebenfalls ein Bodensatz lokaler Verfolgungen, der nur deshalb nicht sichtbar gemacht werden kann, weil die entsprechenden Quellen (Amtsrechnungen und andere) nicht erhalten sind? Darf die Einschätzung, bei den vereinigten Herzogtümern und den Nachfolgeterritorien habe es sich um eine verfolgungsarme Region gehandelt, angesichts der schwer einzuordnenden Nachweise aus den Jülicher Amtsrechnungen für die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts tatsächlich als gesichert gelten? Andererseits: Wie sinnvoll ist es, den Gerresheimer Hexenprozess von 1737/38 in eine chronologische Reihe mit den Verfolgungen des ausgehenden 16. und frühen 17. Jahrhunderts zu stellen, welche Verbindungen bestehen zwischen diesen zeitlich weit auseinanderliegenden Ereignissen?

So interessant und bemerkenswert die zahlreichen von Münster-Schröer zusammengestellten Hinweise auf Hexenverfolgungen am Niederrhein im Einzelnen ohne Zweifel sind, so sehr fehlen der Studie leider ein klarer Fokus, eine nachvollziehbar begründete Auswahl der behandelten Themen und eine pointierte Gesamtinterpretation. Was hat etwa das am psychisch erkrankten Herzog Johann Wilhelm praktizierte Exorzismusverfahren, dem die Autorin ein eigenes Kapitel widmet, mit Hexenverfolgungen zu tun, was der Überfall auf eine Reisegruppe mitten im Kölnischen Krieg? Eine konzentriertere Strukturierung und eine schärfere Argumentationsführung hätten der Studie gut angestanden. Überdies hat der Text offenbar auch kein Lektorat erhalten (der Verlag Klartext scheint dies auch in anderen Fällen als überflüssig anzusehen), wie zahlreiche Fehler sowie die fehlende typographische und formale Einheitlichkeit bei der Gestaltung des Buches nahelegen. Dies alles mindert die Lesefreude an einem Buch, das dessen ungeachtet für die Geschichte der Region in der Frühen Neuzeit große Bedeutung besitzt.

Stefan Gorißen, Troisdorf

Detlev VONDE, *Auf den Barrikaden. Friedrich Engels und die „gescheiterte Revolution“ von 1848/49*, Wuppertal: Verlag Edition Köndgen 2019, 362 Seiten, zahlreiche Abb., 19,95 €, ISBN 978-3-939843-94-8

Die Abbildung auf der vorderen Umschlagseite – Friedrich Engels als Barrikadeninspektor auf einer Barrikade während der Revolution 1849 in Elberfeld an der Haspeler Brücke – deutet den Inhalt des vorliegenden Buches nur teilweise an: Es geht dem Verfasser

um einen vertieften Blick auf die Revolution 1848/49 und um das Urteil der Zeitgenossen und der Nachwelt über das revolutionäre Geschehen. Friedrich Engels spielt dabei mit, weil er Teilnehmer war und später ein problematisches Urteil – als erster in einer langen Folge späterer Historiker – gefällt hat: Die Revolution sei gescheitert (S. 20ff.), weil das liberale Bürgertum sie verraten habe. Die moderne differenzierte sozialgeschichtliche Forschung, die der Verfasser prägnant und pointiert referiert, meldet hier Zweifel an. Kann man vom Scheitern der Revolution sprechen, wenn sie zwar nicht die Einheit Deutschlands, aber doch immerhin eine Verfassung in seinen Einzelstaaten, auch eine breite gesellschaftliche Politisierung brachte und vom Verrat des liberalen Bürgertums an den Revolutionären auf der Straße, wenn dieses Bürgertum nie eine Revolution erstrebte?

In insgesamt neun Kapiteln wird das Geschehen der Jahre 1848 und 1849 dem Leser knapp und gut lesbar vor Augen geführt. Den Anfang machen die Ereignisse im Bergischen, weil in der lokalen Dimension die Analyse des Verlaufs revolutionärer Unruhen, ihrer Ursachen, ihrer Träger, ihrer Motive und von Strategien der Protestler mit lokalen, „hautnahen“ Konstellationen verbunden werden kann und deshalb besonders scharf und deutlich hervortritt.

Also jetzt ab ins frühindustrielle Bergische, nach Solingen und Elberfeld. In Solingen zerstörten die Metallarbeiter im März 1848 in einer spektakulären Aktion die Maschinen, die Messer, Scheren usw. herstellten und ihnen die Arbeit wegnahmen. In Elberfeld verbanden sich im Mai 1849 die ausgebeuteten und dem Alkohol verfallenen Arbeiter, die schon im Jahr zuvor unter der Parole „Fressfreiheit statt Pressfreiheit“ revoltiert hatten, mit einem liberalen Bürgertum, das maßlos enttäuscht war, weil der preußische König die von der Frankfurter Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone und die Verfassung abgelehnt hatte. Die Befehlsverweigerung von Teilen der Landwehr schürte die revolutionäre Stimmung. Die Einzelheiten dieses Aufstandes, seine meist jugendlichen Träger, sein weitgehend unblutiges Ende in Elberfeld – anders als in Iserlohn, wo es zu heftigen Kämpfen mit etlichen Toten kam – und die strafrechtliche Aufarbeitung des Aufstandes werden knapp und treffend dargestellt.

Doch der Autor guckt nicht allein durch die regionale Brille, er hat auch das revolutionäre Geschehen im übrigen Europa im Blick, die Situation der bäuerlichen Bevölkerung, die frühkapitalistischen Verwerfungen, das Streben bürgerlicher Kreise nach Liberalisierung, politischer Beteiligung, Nationsbildung. Überall gärte es im Vormärz, wenn auch nicht immer mit derselben Heftigkeit und aus denselben Ursachen. Der Verfasser beschreibt und analysiert diese gesellschaftliche Unruhe und belegt seine Analyse mit aussagekräftigen Statistiken. Nach ihren ersten Erfolgen, den „Märzerrungenschaften“, bedingt durch das Nachgeben der fürstlichen Regenten, entwickelte sich die Revolution hin zur Frankfurter Nationalversammlung und zu gewählten Repräsentationskammern in den Einzelstaaten. Deren manchmal überraschende Zusammensetzung, Abstimmungsverhalten und Selbstverständnis lassen manche Urteile über ihre angebliche Radikalität sehr fragwürdig erscheinen, wie der Verfasser differenziert und plausibel darlegt.

Im Sommer 1848 schien die Revolution fast auf der ganzen Linie gesiegt zu haben. Doch dies war nur scheinbar der Fall. Die soziale Frage spaltete die Revolutionäre in der sogenannten „Septemberbewegung“, die sich außerhalb der Parlamente formierte und

durch die nationalpolitische Agitation starke revolutionäre Impulse erhielt. Das Bürgertum wandte sich, erschreckt und aus Angst vor den radikalen Massen auf der Straße, immer stärker den Ordnungsmächten und der Reaktion zu. Die revolutionäre Bewegung zerfiel entlang der Klassengrenzen. Das alles wird eingehend und überzeugend entwickelt und beschrieben.

„Handlungsebenen der Revolution“ nennt Vonde ein wichtiges Kapitel seiner Studie, in der er sehr schön und einleuchtend zeigt, wie breit und vielfältig die Revolution auf andere Felder ausstrahlte. Sie brachte zum Beispiel eine Politisierung der Gesellschaft mit sich, die wiederum zur Konstituierung von Parteien führte, meist entlang sozioökonomischer Linien. Erwähnt werden auch die zahlreichen Vereine, die damals entstanden, zum Beispiel die „Piusvereine“ im Raum der katholischen Kirche. Flugschriften, Karikaturen und Petitionen und eine wenn auch bald zensierte Presse führten zu einer neuen Form von Öffentlichkeit. Und dann die neue revolutionäre Kultur, greifbar etwa in einer Vielzahl von Festen und Feiern, von Bildern und Liedern. Hier hätte man gern noch mehr Ausführlichkeit gewünscht.

Aus Gründen konfessioneller Parität hätte vielleicht auch ein Wort zu einer Initiative evangelischer Laien gesagt werden müssen – die verfassten Landeskirchen waren nicht beteiligt, sie waren ja wichtige Stützen der Fürsten, also der Reaktion zuzurechnen. Aber eine Gruppe von Laien lud zu einem Kirchentag in Wittenberg im September 1848 ein, und seine 500 Teilnehmer vereinbarten dort eine Fortsetzung der Kirchentage und forderten neben der politischen Einigung Deutschlands auch eine deutsche evangelische Nationalkirche.

Ist die Revolution also gescheitert? Der Autor argumentiert in dieser Frage nachvollziehbar differenziert und kommt schließlich mit guten Gründen zu einem geteilten Urteil: Viele Erwartungen hat sie nicht erfüllt, aber sie wirkte nachhaltig und brachte Europa einen gewaltigen Modernisierungsschub. Den Abschluss des Bandes bilden zeitgenössische Dokumente, auch aus vorrevolutionärer Zeit, angefangen mit den Briefen aus dem Wupperthale von 1839 bis zu Erinnerungen von Ludwig Bamberger, Carl Hecker und Karl Schurz. Leider fehlt dem lesenswerten Buch ein Register.

Volkmar Wittmütz, Köln

Jürgen HERRES, Marx und Engels. Porträt einer intellektuellen Freundschaft, Ditzingen/Stuttgart: Reclam-Verlag, 2018, 314 Seiten, zahlr. Abb., 28 €, ISBN 978-3-15-011151-2

Fast 40 Jahre, von 1844 bis 1883 währte die freundschaftliche Verbindung zwischen Karl Marx und Friedrich Engels – eine einzigartige und vor allem auch in seiner Wirkung auf die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts überaus wichtige Beziehung zweier Männer. Oft entweder geradezu mythologisch überhöht oder von der anderen Seite diabolisch verzerrt, bringt das lesenswerte und anschaulich geschriebene Buch des Verfassers, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Marx-Engels-Gesamtausgabe und von daher ein profunder Kenner der Materie, eine wünschenswerte Klarheit in die Geschichte dieser Freundschaft. Dabei hätten die beiden Freunde in ihrer äußeren Erscheinung, in

Auftreten und Persönlichkeit kaum gegensätzlicher sein können: Engels hochgewachsen und schlank, sportlich und stets gut gekleidet, auf strenge Ordnung in seiner Arbeit und in seinem Leben bedacht, von rascher Auffassungsgabe, im Umgang oft ungeduldig und geradezu brüsk, Marx dagegen etwas rundlich und ungesetzt, gleichgültig, was Kleidung und Ordnung betraf, freundlich im Verhältnis zu seinen Mitmenschen, in seinem Arbeitsrhythmus langsamer, dafür aber auch tiefgründiger und kritischer als Engels. Beide waren einander tief verbunden, wenn auch ihre Auffassungen nicht immer identisch waren. Engels anerkannte ohne Vorbehalt den Vorrang des Älteren, während Marx im Kreise seiner engeren Familie auch schon mal abwertende Bemerkungen über Engels fallen ließ, wie wir vom Autor erfahren, der übrigens urteilt (S. 19), dass Engels Marx an Bildung, Wissen und Sprachbegabung durchaus ebenbürtig gewesen sei. Bis auf das Cover finden sich keine Bilder der Protagonisten in dem Buch, aber deren Beschreibung durch Zeitgenossen wie Karl Kautsky oder Marxens Schwiegersohn Paul Lafargue, vom Autor geschickt in die Einleitung gesetzt, sind eindrucksvoller, als es Fotos sein könnten.

Der Verfasser hat sein Doppelporträt der Chronologie folgend strukturiert und die einzelnen Phasen ihres Zusammenwirkens nachgezeichnet, von dem wohl beiderseitig kühlen ersten Treffen in Köln 1842 bis zum vertrauten und täglichen Miteinander der beiden in London in den Jahren von 1870 bis 1883, dem Todesjahr von Marx. Und die Darstellung geht noch darüber hinaus, auch der „Nachlassverwalter (von Karl Marx) und Spindoktor der europäischen Sozialdemokratie“ Friedrich Engels kommt noch zu Wort, etwa als „Nestor des europäischen Sozialismus“ (S. 266), der von allen Seiten um Rat und Mitarbeit gefragt wurde und in Fragen der Ideologie, aber auch tagespolitischer Taktik eine große Wirkung entfaltete. Auch Engels' mühsame und komplizierte Entzifferungsarbeit der Marx'schen Manuskripte und die Zusammenstellung der zahlreichen und völlig ungeordneten Belegzitate, alles für das 2. und 3. Buch des „Kapitals“, das Marx nicht mehr vollenden konnte, wird vom Autor eindrucksvoll beschrieben und gewürdigt.

Begegnet waren sich Marx und Engels bereits im November 1842 in Köln, als Marx, damals Chefredakteur der gerade gegründeten „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“, das Angebot des auf der Durchreise nach Manchester befindlichen Engels erhielt, für die neue Zeitung Korrespondenzen aus England zu liefern. Näher kamen sich beide dann 1844 in Paris, wo Marx mit seiner Frau Jenny nach der Ausweisung aus der Rheinprovinz Unterschlupf gefunden hatte. Engels hatte mit seinem Aufsatz „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, der in den von Marx mit herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ veröffentlicht wurde, diesen zur Beschäftigung mit der politischen Ökonomie angeregt, die Marx dann praktisch sein ganzes weiteres Leben beschäftigte. Im August 1844 besuchte Engels auf der Rückreise aus England Marx in Paris, wurde von ihm in die Kreise französischer Sozialisten und Emigranten aus aller Herren Länder eingeführt, die die französische Hauptstadt damals zu einem intellektuellen Zentrum Europas machten, und pflegte einen intensiven Gedankenaustausch mit seinem Gastgeber, von dem allerdings keine Details überliefert sind. Beide stellten eine „vollständige Übereinstimmung auf allen theoretischen Gebieten“ fest, wie sich Engels später rückblickend erinnerte (S. 24), und damit begann ihre Freundschaft und Zusammenarbeit.

Der Autor schildert diese Zusammenhänge sehr anschaulich, und er entfaltet ein breites Panorama der gesellschaftlichen Entwicklung im frühindustriellen Europa, der ideologischen Reifung des Kommunismus und der intellektuellen Atmosphäre im Paris der 1840er Jahre.

Nach der Ausweisung aus Paris 1845 schlug Marx sein Domizil in Brüssel auf, wohin ihm Engels folgte. Ausführlich vorgestellt wird die dortige kleine Kolonie vor allem deutscher Sozialisten, die sich um Marx scharten, der Autor entzerrt das verworrene Geflecht persönlicher Beziehungen unter ihnen und beschreibt anschaulich ihre nächtelangen Diskussionen in Cafes und Kneipen. Sie alle beteiligten sich an der Gründung des Bundes der Kommunisten und der Verbreitung der kommunistischen Ideologie. In Brüssel entstanden das berühmte Kommunistische Manifest und die „Heilige Familie“, die erste gemeinsame Publikation von Marx und Engels, deren Problematik der Autor kurz darlegt: die als Broschüre geplante Arbeit war von Marx zu einem 335 Seiten umfassenden und schwer verständlichen und deshalb kaum beachteten Wälzer erweitert worden. Dagegen wurde Engels' „Lage der arbeitenden Klasse in England“, die 1845 erschien, ein großer Erfolg.

1848 brach die Revolution in Europa aus. Detailliert schildert der Autor die Umstände, unter denen Marx im März 1848 Brüssel verließ, zunächst sich in Paris niederließ, im April weiter nach Köln fuhr und dort mit Engels und Kölner Geldgebern die „Neue Rheinische Zeitung“ ins Leben rief, ein politisches Blatt der demokratischen Bewegung mit hohem intellektuellem Niveau und weitem europäischen Blick, kein Arbeiterblatt. Konsequenterweise wird die sogenannte „Reichsverfassungskampagne“ vom Autor nur erwähnt (S. 132, 154), denn nur Engels handelte dabei als Revolutionär auf den Elberfelder Barrikaden und mit der Waffe in Baden. Der Faszination jener Episode, wonach Friedrich Engels beim Aufstand in Elberfeld an der Grenze zum benachbarten Barmen seinem konservativen Vater gegenüberstand, konnte der Autor allerdings nicht widerstehen, wenn er sie auch im Ungefähren lässt. Die lokalgeschichtliche Forschung hat sie als Legende entlarvt: es war der Bruder Hermann, den Friedrich an der Haspeler Brücke traf und umarmte, bevor beide wieder auseinandergingen.

Nach der „gescheiterten Revolution“ (so der Autor; dabei aus der Perspektive von Marx und Engels urteilend; war sie wirklich gescheitert?) widmet sich der Verfasser ausführlich dem jahrzehntelangen Exil beider Freunde in England. Deutlich wird, wie das Leben für Marx und seine Familie immer wieder existenziell bedroht war und wie oft Engels finanziell aushalf. Und inmitten dieser Existenznöte dann die politische Arbeit inmitten der besonders zerstrittenen deutschen Emigranten in London, die Korrespondenzen und Kommentare für die New York Tribune, oft von Engels, aber unter Marx' Namen verfasst, damit diesem das Honorar zufloss. Engels konnte rascher, auch eingängiger formulieren – ihm fehlte das Grüblerische von Marx. Außerdem war er als Angestellter, später als Teilhaber der Firma seines Vaters finanziell in sicherer Position.

1864 wurde die Internationale Arbeiterassoziation (Erste Internationale) gegründet, natürlich unter Beteiligung von Marx, der die „Inauguraladresse“ verfasste und in den „Generalrat“ eintrat. Nach Engels' Umzug nach London beteiligte dieser sich ebenfalls, wenn auch voller berechtigter Skepsis hinsichtlich der Arbeit der Assoziation angesichts ihrer häufig verfeindeten Mitglieder.

Schließlich „Das Kapital“, Marx' Hauptwerk, das in London unter schwierigen Umständen, die eindrucksvoll geschildert werden, in immer neuen Überarbeitungen entstand.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Titel den Inhalt des Buches nur teilweise trifft; neben dem Porträt der Freunde Marx und Engels mit ihrer Übereinstimmung, aber auch ihren Differenzen und darüber hinausgehend wird der Leser bekannt gemacht mit dem intellektuellen, aber auch sozialen und rechtlichen Umfeld, in dem sich die Protagonisten bewegten, ihre Freunde und Gegner werden gewürdigt, die Genese von Sozialismus und Kommunismus wird verfolgt, und das Ganze liest sich oft geradezu spannend. Ein rundum gelungenes Werk.

Volkmar Wittmütz, Köln

Thomas MERGEL, Köln im Kaiserreich 1871–1918 (Geschichte der Stadt Köln 10), Köln: Greven Verlag 2018, 567 S., zahlreiche Abb., 6,0 €, ISBN 978-3-774304543

Mit dem hier vorzustellenden Band über die Geschichte der Stadt Köln im Deutschen Kaiserreich zwischen 1871 und 1918 liegt nunmehr der neunte Band der auf insgesamt 13 Bände projektierten „Geschichte der Stadt Köln“ vor. Damit darf man hoffen, dass das Gesamtprojekt, an dem seit mittlerweile zwei Jahrzehnten gearbeitet wird (der erste Band über „Köln in römischer Zeit“ erschien bereits 2004), in naher Zukunft glücklich wird abgeschlossen werden können.

Thomas Mergel, Professor für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Humboldt-Universität Berlin, hat mit dem vorliegenden Band, der das halbe Jahrhundert zwischen der Gründung des Deutschen Kaiserreichs und dem Ende des Ersten Weltkriegs eine Epoche behandelt – eine in der stadthistorischen Forschung zu Köln bislang eher randständig behandelte Periode –, eine umfassende, zugleich anschauliche und in jeder Hinsicht lesenswerte Darstellung vorgelegt. Gegenstand des Buches ist eine Phase dynamischen städtischen Wachstums und gesellschaftlichen Wandels, die sich als „Urbanisierung“ diskutieren lässt. Das städtische Wachstum zeigte sich zunächst in der außerordentlichen Zunahme der räumlichen Ausdehnung der Stadt, die in den Jahren bis Beginn des Ersten Weltkriegs um das Fünzigfache anwuchs.

Die Zeit des Deutschen Kaiserreichs in Köln gliedert der Autor in drei Zeitabschnitte: Die erste Phase umfasst die Anfangszeit im neuen Kaiserreich bis 1881/85, als zweiter Abschnitt folgt die Zeit zwischen der Niederlegung der Stadtmauer und dem Beginn des Ersten Weltkriegs, die letzte Etappe bilden schließlich die Kriegsjahre und der Zusammenbruch des Kaiserreichs in der Revolution. Mergel widmet dem ersten und dem letzten Zeitabschnitt jeweils einen und der mittleren Phase, die mit dreißig Jahren die längste Periode umfasst, zwei Darstellungsteile.

Jede historische Darstellung bedarf neben einer zeitlichen Gliederung des Stoffes immer auch der Schwerpunktsetzung und einer Auswahl aus der Fülle möglicher Themen und Schwerpunkte. Das Interesse Mergels richtet sich über den Urbanisierungsprozess, den die Stadt Köln in der betrachteten Zeit durchlief, hinausreichend auf „die Erfahrung und die Verarbeitung des Wandels in einer alltags- und sozialgeschichtlichen Perspektive“

(S. 11). Urbanisierung wird hier also nicht in erster Linie als ein ex post zu konstatierender Strukturwandel begriffen, sondern als eine Bewegung, die im Alltagsleben der Kölnerinnen und Kölner in den letzten Jahrzehnten des 19. und im frühen 20. Jahrhundert tagtäglich präsent war, von ihnen reflektiert und kulturell verarbeitet wurde. Das Buch hält, was die Einleitung verspricht: Mergel verfolgt das Konzept einer sozialgeschichtlich fundierten Kulturgeschichte konsequent über alle 22 Kapitel des Buches hinweg.

Die ersten Jahre Kölns im Deutschen Kaiserreich sieht der Autor vor allem durch drei Bewegungen geprägt: (1) die Formierung der politischen Kräfte und Parteien in der Arbeiterbewegung, im politischen Katholizismus und im Liberalismus, (2) den Kulturkampf, der seinerseits maßgeblich zur Politisierung der Stadtgesellschaft beitrug und (3) die Gründerkrise, die sich in Köln vor allem im Finanz- und Bankenwesen bemerkbar machte. Im Übrigen war die Stadt im ersten Jahrzehnt des Deutschen Kaiserreichs vor allem militärische Festung: Die Präsenz von Soldaten und Militärbehörden prägte das Bild der Stadt, militärstrategische Erwägungen setzten einer Entwicklung der Stadt deutliche Grenzen.

Erst nachdem sich im Militär die Einsicht in den doch eher fragwürdigen militärischen Nutzen der mittelalterlichen Stadtbefestigung durchgesetzt hatte und zwischen 1881 und 1885 die Stadtmauer niedergelegt worden war, konnte die Stadt expandieren; erst jetzt wurde auch Köln von jenem tiefgreifenden Wandel, ergriffen, dessen Ergebnis die moderne Großstadt war. Als „Stadt in der Erweiterung“ beschreibt Mergel nicht nur die räumliche Ausdehnung des Stadtareals und die Eingemeindungen bis 1914, sondern auch auf den in dieser Zeit sich vollziehenden Ausbau der städtischen Infrastruktur in den Bereichen Versorgung, Verkehr und Kommunikation sowie deren Eingliederung in die Zuständigkeit der Kommunalverwaltung, in der Forschung gemeinhin mit dem Begriff „Munizipalsozialismus“ umschrieben. Die Anlegung der Ringe, die nach den Plänen von Stadtbaumeister Josef Stübben im Bogen um die Altstadt errichtete Neustadt und die Eingliederung ländlicher Vororte, wie Ehrenfeld und Nippes oder Deutz, Kalk und Mülheim, veränderten die Dimensionen und das Gesicht Kölns genauso wie die Professionalisierung von Verwaltung und Politik, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder die Bereitstellung einer zentraler Stromversorgung und eines Abwasserkanalsystems. Erst jetzt konnte Köln mit einer gewissen Berechtigung für sich beanspruchen, als „rheinische Metropole“ – so der Titel des dritten Abschnitts – zu gelten.

Auch von einer Industrialisierung kann für Köln erst gesprochen werden, nachdem sich die Stadt zum Umland hin geöffnet hatte. Alle großen Industriebetriebe der Hochindustrialisierungsperiode entstanden im ehemals ländlichen Vorland der Stadt bzw. suchten dort Standorte für Erweiterungsflächen – so etwa in Deutz die Maschinenfabrik van der Zypen & Carlier und die Gasmotorenfabrik, in Mülheim die Draht- und Kabelfabrik Felten & Guillaume, in Kalk die Salpeterfabrik Vorster & Grüneberg oder in Ehrenfeld die Benzoesäurefabriken und das Elektrotechnikunternehmen Helios AG, um nur einige wenige zu nennen.

Städtisches Wachstum und Industrialisierung bewirkten eine bislang unbekanntere Dynamisierung der stadtkölnischen Gesellschaft, das rasch wachsende Industrieproletariat war sichtbarster Ausdruck einer Stadt in Bewegung. Die Bevölkerung wuchs zwischen

1870 und 1914 auf das Fünffache des Ausgangsniveaus. Ein so bislang nicht gekannter Anstieg der Zahl der in der Stadt lebenden Menschen war weniger Ergebnis der „natürlichen Bevölkerungsbewegung“, obwohl die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg von hohen Geburtenraten bei gleichzeitig kontinuierlich sinkender Sterblichkeit gekennzeichnet waren: Der Geburtenüberschuss in Köln belief sich auf 1–1,5 % und lag damit über den Vergleichswerten des Reichs. Entscheidend waren jedoch Migrationsbewegungen: Die Bevölkerungsvermehrung war vor allem das Ergebnis von Zuwanderung. Die reine Wanderungsbilanz verdeckt hierbei das tatsächliche Migrationsgeschehen sogar noch: Zwischen 1895 und 1910 übersiedelten insgesamt 895.000 Menschen in die Stadt, während gleichzeitig 825.000 Bewohner wieder wegzogen. Hinzu kam eine heute kaum noch vorstellbare innerstädtische Mobilität. Viele Kölnerinnen und Kölner waren ständig „auf der Suche nach einer billigeren oder besseren [...] Wohnung. [...] Statistisch gesehen waren [...] bald drei Viertel der Bevölkerung jedes Jahr unterwegs, sei es als Zu- oder Abwanderer, sei es mit dem Umzugskarren innerhalb Kölns.“ (S. 200).

Das, was sich als spezifisch „kölsche“ Alltagskultur, häufig im Sinne einer kitsch-romantischen Verklärung der Stadt und ihrer „Veedel“ vor allem in den Jahren des Kaiserreichs etablierte und von Mergel bis hin zu den Speisekarten der Wirtshäuser (Abb. 89: „Kölner Stillleben“, S. 277) nachgezeichnet wird, ist nicht zuletzt als Reflex auf die Herausforderungen von Migration und Dynamik zu verstehen, als Versuch, Ortsverbundenheit zu inszenieren, wo Ortswechsel eine zentrale Alltagserfahrung war.

Eine wesentliche Rolle spielten beim Bemühen, gesellschaftliche Integration zu ermöglichen, die Pfarrgemeinden, die eine „kölsch-katholische“ Kultur pflegten und die Kölner Alltagskultur mit der Sphäre des Religiösen verbanden. Die protestantischen Gemeinden verblieben demgegenüber in einer eher randständigen Position, und die lange bürgerlich dominierte jüdische Gemeinde zielte letztlich erfolgreich auf Integration und Assimilation.

Das Bild, das Mergel von der Kölner Stadtgesellschaft, ihren sozialen und kulturellen Einrichtungen und Errungenschaften der Alltags- und Freizeitkultur vor dem Krieg zeichnet, hinterlässt trotz mancher Unzulänglichkeiten (politische Partizipationsmöglichkeiten, „Klüngel“, Kriminalität) alles in allem einen recht behaglichen Eindruck. Prekäre Wohnverhältnisse scheinen sich im betrachteten Zeitraum genauso verbessert zu haben wie gesundheitliche und hygienische Lebensbedingungen. Auch von Streiks, Arbeitskämpfen oder anderen sozialen Konflikten, die andernorts die Zeit prägten, scheint in der Domstadt wenig zu spüren gewesen zu sein. Antisemitismus, Kolonialismus und Rassismus existierten hier offenbar lediglich in gemäßigten, durch den Karneval ironisch gebändigten Ausdrucksformen, und selbst mit den Hohenzollern machten die Kölnerinnen und Kölner schon bald ihren Frieden, Wilhelm II. „genoss [...] in Köln hohe Popularität“ (S. 428).

Der Erste Weltkrieg, mit dessen Auswirkungen auf die stadtkölnische Gesellschaft sich der Autor im letzten Teil seiner Darstellung beschäftigt, kam in dieser Perspektive von außen über die Stadt. Die Stadtgeschichte bot Mergels Erzählung folgend kein Motiv, das zu einem tieferen Verständnis dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) beitragen könnte. Burgfrieden, Kriegsbegeisterung und Opferbe-

reitschaft – all dies war in Köln in besonderem Maße ausgeprägt und trug weit über den Juli 1914 hinaus. Die Herausforderungen der Kriegsgesellschaft, der Umgang mit knappen Ressourcen und Mangel, der Stresstest für die Verwaltung und die Umstellung der Wirtschaft auf Rüstungsproduktion – all dies scheint in Köln vergleichsweise gut bewältigt worden zu sein, nicht zuletzt Verdienst des Beigeordneten und seit 1917 Oberbürgermeisters Konrad Adenauer. Entsprechend fand auch Revolution von 1918/19 in Köln nicht statt bzw. „war Mitte November [...] schon wieder zu Ende“ (S. 492). Einzig die Verwerfungen im politischen Parteiengefüge, die Kooperation von SPD und Zentrum, die die Bedingungen der Kriegsjahre erzwungen hatte, wiesen auf die Jahre der Weimarer Republik voraus.

Man mag kritisch gegen Mergels Darstellung einwenden, dass dieser letzte Teil zu Weltkrieg und Revolution argumentativ eher schwach an die vorherigen 430 Seiten der Darstellung angebunden ist, dem intellektuellen Gewinn und dem Lesevergnügen, das sich aus dem vorliegenden Band der Kölner Stadtgeschichte ziehen lässt, tut dies keinen Abbruch. Vielmehr stellt sich hier die Frage nach der Berechtigung der Gliederung, die für das Gesamtprojekt der Kölner Stadtgeschichte vorgegeben ist und die sich an politischen Großsäuren orientiert, ohne die Frage nach deren Berechtigung aus stadtkölnischer Perspektive zu stellen.

Stefan Gorßen, Troisdorf

Carola GROPPE, *Im deutschen Kaiserreich. Eine Bildungsgeschichte des Bürgertums 1871–1918*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag 2018, 528 Seiten, zahlr. Abb., 65 €, ISBN 978-3-412-50058-0

Auch in diesem Werk der in Hamburg lehrenden Erziehungswissenschaftlerin wie in ihrem 2004 erschienenen ersten Band einer bürgerlichen Bildungs- und Sozialgeschichte steht die großbürgerliche rheinische Unternehmerfamilie Colsman aus Langenberg im Niederbergischen im Zentrum. Aus dem Kreis dieser Familie stammen die Archivalien, die die Grundlage beider Studien bilden, im vorliegenden Fall Tausende von Briefen, Tagebuch-Eintragungen und anderen „Ego-Dokumenten“ wie Anzeigen, Fotoalben, Testamenten und weiteren familiären und amtlichen zeitgenössischen Zeugnissen, denen mehr zu vertrauen ist als späteren Erinnerungen oder Autobiographien. Vereinzelt werden auch Unterlagen zur Firmengeschichte der Colsman Seidenweberei herangezogen.

Während aber der erste Band die Entwicklung der verzweigten Familie und ihres Textil-Unternehmens seit dem 17. Jahrhundert bis in den Vormärz hinein unter erziehungs- und sozialwissenschaftlicher Perspektive weitgehend chronologisch verfolgte, diskutiert der zweite Band Selbstpräsentation und Handlungsorientierung von Familienangehörigen im Rahmen einer Reihe von Fallbeispielen oder „case-studies“. In insgesamt sechs Studien zur Sozialisation im deutschen Kaiserreich, deren Themen anhand aktueller wissenschaftlicher Fragestellungen an diese Epoche deutscher Geschichte gewonnen werden, geht es um bürgerliche Sozialisationsbedingungen für Mädchen und Jungen und

deren Rekonstruktion in der Familie, in Schulen und Internaten, in Pensionaten und Haustochter-Stellen. Welche Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit, welche Beziehungen der Ehepartner und der Geschlechter waren im Bürgertum vorherrschend und schließlich die Frage, ob die Gesellschaft des Kaiserreichs wirklich obrigkeitshörig und militarisiert war. Die Verfasserin interpretiert und analysiert die Briefwechsel zu diesen Themen, etwa zwischen Ehegatten, zwischen Eltern und ihren Kindern, zwischen Geschwistern und Freunden. Sie lässt die Briefschreiber ausführlich zu Wort kommen, und die zahl- und umfangreichen Zitate bieten einen tiefen Einblick in die bürgerliche Welt des Kaiserreichs und belegen eindrucksvoll die Analyse und Urteile der Autorin. Die dichte empirische Grundlage ihrer Studie lässt eine Anzahl bisheriger Forschungsergebnisse zum deutschen Kaiserreich unter erheblichen Druck geraten.

Das beginnt mit dem Kaiserreich als angeblichen Obrigkeitsstaat. Von autoritätshörigem Denken oder gar von einem Untertanengeist ist in den vielstimmigen Briefen der Colsmans nichts zu spüren. Dem Einwand, eine einzelne Familie sei kaum repräsentativ für das Bürgertum insgesamt, begegnet die Autorin mit einer sorgfältigen Erörterung all jener Merkmale, die diese Familie eben doch typisch für das Wirtschaftsbürgertum, einen zwar prozentual nur geringen, aber außerordentlich wirkmächtigen Teil des Bürgertums im Reich gemacht haben.

Autoritäre Strukturen sucht man auch in den Ehebeziehungen vergeblich. Partnerschaftliche Verhältnisse bei gleichrangiger Herkunft der beiden Ehepartner waren weitgehend die Regel, die Ehe wurde vor allem als eine auf gegenseitiger Liebe gegründete Gemeinschaft verstanden und gelebt. Das Ideal rationaler und aggressiver Männlichkeit und gefühlsbetonter passiver Weiblichkeit ist ebenfalls mit Fragezeichen zu versehen und existierte in dieser Eindeutigkeit im Kaiserreich (noch) nicht. Die Autorin analysiert und formuliert in diesen bürgerlichen Kreisen vielmehr ein Lebensmodell der Balance, einer selbstbestimmten Regulierung unterschiedlicher Einflüsse der natürlichen und sozialen Umwelt zu einem sinnerfüllten Gleichgewicht, praktisch dem Ideal Wilhelm von Humboldts nahekommend, der die Bildung des Menschen als „Verknüpfung unseres Ichs mit der Welt zu der freiesten und regesten Wechselwirkung“ bezeichnet hatte.

Die Erziehung der Kinder in der Familie folgte den Werten von Fleiß und Ordnung und war darauf angelegt, in den Sprösslingen das Pflichtethos zu erzeugen, das auch das Verhalten der Eltern bestimmte. Gefühle wurden gezeigt, Umarmungen zwischen den Eltern und Kindern gehörten zu den üblichen Interaktionsmustern. Strafen wurden ebenfalls verhängt, aber von körperlichen Züchtigungen ist in den Briefen nicht die Rede. Die Autorität der Eltern wurde als natürlich betrachtet und blieb bis in die 1870er Jahre unangetastet. Dann allerdings brach die klare Autoritätslinie, es entstanden allmählich Jugendkulturen und Konflikte der Jüngeren mit den Erwachsenen um Freiräume für die jugendlichen Ideen.

Der Sozialisation der älteren Jungen und Mädchen hat die Autorin zwei umfangreiche Analysen gewidmet. Beide Geschlechter erlebten einen Teil ihrer Jugend außer Haus, die Jungen bis etwa in die 1870er Jahre als Pensionsgäste eingebettet in auswärtige Familien, von wo aus sie Schulen besuchten, die die Prüfung für das „Einjährige“ abnehmen konn-

ten, die Mädchen in familienähnlichen Pensionaten und in darauf folgenden Haustochter-Stellen. Nach 1871 besuchten dann auch die Jungen häufiger Internate und Alumnae, wo ihre Sozialisation in peer groups außerhalb eines familiären Rahmens stattfand. Anders als in Großbritannien gab es für das wohlhabende Bürgertum in Deutschland keine „Public Schools“ mit ihrem Erziehungsziel des „hardening“ der Jungen und der lebenslangen Selbstpräsentation als „Public School boys“. Die Ziele und Methoden der Internate in Deutschland galten stattdessen der Ausbildung für einen späteren Beruf und der Arbeit an der Entwicklung der Persönlichkeit der Schüler zu einem von Bildung und Selbstkontrolle geprägten Individuum. Trotz dieser und anderer Unterschiede fungierten Großbritannien und seine Schulen als ständige Referenz und Bezugsgröße in den Briefen der Familie.

England und später die USA waren überhaupt die großen Vorbilder für das deutsche Wirtschaftsbürgertum, längere Aufenthalte dort, in geringerem Maße auch in Frankreich, Italien und anderen europäischen Ländern waren die Regel. Die Familie Colman bewegte sich wie selbstverständlich in diesen Räumen, und das nicht nur, weil ihre Export-Handelsverflechtungen außerordentlich eng geknüpft waren, aus ihnen erwachsen ebenfalls persönliche Beziehungen und deutsch-britische Ehen waren nicht eben selten. Interessant ist, dass die Familie trotz ihrer internationalen Ausrichtung nicht daran dachte, ihren Wohnsitz in eine der Metropolen zu verlegen, die immer wieder besucht wurden. Man blieb in der Kleinstadt Langenberg und erbaute sich dort die prächtigsten Villen, oft entworfen von Berliner Star-Architekten.

Der Adel spielte in dieser bürgerlichen Welt praktisch keine Rolle, seiner Lebensform nachzueifern kam für diese selbstbewusste gesellschaftliche Schicht nicht in Frage. Von einer „Feudalisierung des Bürgertums“ im Kaiserreich zu sprechen ist – nach Ausweis der herangezogenen Quellen – jedenfalls nicht statthaft. Und auch das Militär war in diesen Kreisen keine ernst zu nehmende Größe. Die Jungen erwarben das „Einjährige“ und kamen dann nur ein Jahr statt der ursprünglich drei, später zwei Jahre ihrer Wehrpflicht nach, lebten in der Zeit aber sehr kommod außerhalb der Kaserne und betrachteten diesen Zeitraum ihres Heranwachsens weitgehend als eine Phase zwangloser und erholsamer Orientierung, fast vergleichbar dem heutigen „Party-Machen“. Immer wieder ermahnten die Väter aus eigener Erfahrung ihre Söhne, dabei nicht zu viel Geld auszugeben und ihr öffentliches Auftreten der Würde der Uniform anzupassen.

Der Krieg veränderte vieles. Begrüßt wurde er von der Familie nicht. Dennoch meldeten sich fünf Colman-Jugendliche freiwillig, drei Reserve-Offiziere wurden einberufen. Für alle Soldaten war der Krieg eine Erfahrung, die sie mit Eltern und Geschwistern nicht teilen konnten. Die Briefe vermittelten kaum etwas von dem Grauen an der Front, auch der Wunsch nach „Heldentaten“ verlor sich bald, das „Siegenwollen“ wurde immer mehr zur mühseligen Pflicht. Den „Feind“ gab es in den Briefen nur als notwendigen Teil des Krieges, als persönliches Gegenüber blieb er weitgehend abstrakt.

Mit den weit ausholenden und differenziert argumentierenden Sozialisationsstudien zum Kaiserreich ist der Verfasserin nicht nur ein vorzügliches Werk gelungen, das unseren Blick auf diese Epoche der deutschen Geschichte nachhaltig verändern und schärfen wird, sie hat auch in bewundernswerter Weise neue, bislang viel zu wenig genutzte Quel-

len aufgespürt und zum Reden gebracht. Allein die Transkription, Einordnung und sozialisationshistorische Auswertung der vielen tausend Briefe kann kaum angemessen gewürdigt werden. Der gesamte Band nötigt dem Rezensenten die größte Hochachtung ab.
Volkmar Wittmütz, Köln

Guido von BÜREN, Michael D. GUTBIER, Wolfgang Hasberg (Hg.), Kriegsenden in europäischen Heimaten. Bracknell, Haubourdin, Jülich, Leverkusen, Ljubljana, Ratibor, Schwedt, Villeneuve d'Ascq (Jülicher Forschungen 12 / Montanus. Schriftenreihe zur Lokal- und Regionalgeschichte in Leverkusen 18), Neustadt an der Aisch: Verlag Philipp Schmidt 2019, 640 Seiten, zahlr. Abb., 29,80 €, ISBN 978-3-87707-145-8

Seinen Abschluss gefunden hat ein beachtliches Ausstellungs-, Forschungs- und Publikationsprojekt, betitelt „Der Erste Weltkrieg – Euphorie und Neuanfang. Entwicklungen und Wahrnehmungen in europäischen Städten 1914 und 1918“, das auf Initiative des Opladener Geschichtsvereins von 1979 e.V. in Kooperation mit dem Jülicher Geschichtsverein 1923 e.V. von 2013 bis 2019 durchgeführt wurde. Es brachte zwei Ausstellungen hervor: „1914 – Mobilisierung in europäischen Heimaten“ und „Kriegsenden in europäischen Heimaten“, die 2014/15 bzw. 2018/19 gezeigt wurden. 39 Autoren und fünf Übersetzer verantworten 40 Beiträge, wobei eine ungleiche Gewichtung auffällt: Die drei deutschen Städte Leverkusen, Jülich und Schwedt sind durch 29 Beiträge auf rund 300 Seiten vertreten, die fünf ausländischen Städte Bracknell, Ljubljana, Ratibor (Raci-bórz), Villeneuve d'Ascq und Haubordin mit elf auf rund 160 Seiten. Hinzu kommt eine ungleiche Gewichtung der Erträge, denn nur deutsche und englische Beiträge werten staatliche, städtische und Firmenarchive aus. Doch stellt auch die Nutzung bisher unausgewerteter Zeitungsbestände ggf. einen Erkenntnisgewinn dar. Bei der Lektüre fragt sich der Rezensent zudem, ob und inwiefern die ausländischen Projektpartner in die Konzeption und in die Arbeitsprozesse eingebunden waren.

Die unter dem Leitaspunkt „Vom Anfang eines Endes“ gesammelten Beiträge ziehen einen aufschlussreichen Vergleich zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem deutsch-französischen Krieg (Tobias Arand), untersuchen den „Geschichtsunterricht als Kriegstreiber“ (Wolfgang Hasberg), für das Fach Geschichte unterrichtende Personen möglicherweise ein Augenöffner, stellen die offensichtliche Niederlage der Mittelmächte in Bezug zu der verlogenen Dolchstoßlegende (Gerd Krumeich) und untersuchen die Berichterstattung an der Opladener und Jülicher „Heimatfront“ (Simone Frank), allerdings im Gegensatz zur Überschrift nicht „1914 bis 1918“, sondern hauptsächlich 1914, in wesentlich geringerem Maß 1918 und nur punktuell 1917.

Bei den untersuchten deutschen und europäischen Städten wird die Ähnlichkeit vieler Lebensbedingungen deutlich: der Preisanstieg bei Verbrauchsgütern nach Kriegsbeginn, die Pressezensur, die wegen Männermangels steigende Berufstätigkeitsrate von Frauen, Hunger, die Kriegsfinanzierung durch Kriegsanleihen, die Verlustziffern, die langsame Normalisierung nach Kriegsende, die Erinnerungskultur. Auf deutscher wie auf britischer Seite wird in den ersten Monaten des Weltkriegs von Munitionsmangel gespro-

chen. Dem Rezensenten neu war, wie massiv die deutschen Besatzungsbehörden in Frankreich Geiseln genommen haben, um die Bevölkerung zur kriegswichtigen Arbeit zu zwingen und um den deutschen Rückzug 1918 zu decken. Eine besondere Lage brachte das Kriegsende für Ratibor in Oberschlesien, dessen Hauptbeitrag (Renata und Piotr Sput) übrigens eine kenntnisreiche, differenzierte Darstellung ist. Durch die Abtrennung des Huldshiner Ländchens, das 1920 an die Tschechoslowakei fiel, und eines Teils des Landkreises, der 1921 Polen zugesprochen wurde, verlor die Stadt einen großen Teil ihres wirtschaftlichen Einzugsbereichs. An dieser Stelle sei die Redaktionsarbeit beklagt, die auf die Verbesserung von Ausdrucksweisen verzichtete, die der deutschen nicht adäquat sind. Als Beispiel sei das „Kriegstheater des Westens“ (S. 555) genannt, das den „westlichen Kriegsschauplatz“ meint. Einige Begrifflichkeiten gehen an der Sache vorbei: Im Ersten Weltkrieg gab es z.B. weder „Reichsheer“ (S. 114) und noch „Reichsmark“. Viele Soldaten sind in der Somme-Schlacht nicht „in Richtung Westen gegangen“ (S. 145), sondern gefallen, gestorben. Bedauerlicherweise sitzen die Herausgeber mit einem prominent aufgemachten angeblichen Zitat von Bertolt Brecht einem Fälscher auf (S. 591); die Genese der Fälschung ist bekannt, sie hätte leicht recherchiert werden können.

Eine Fehldeutung in der Exponatsexposition ist die der „Medaille gegen den Wucherzins“ aus dem Jahr 1923 (S. 126). Die Beschriftung der Rückseite macht klar, dass es um Wucher geht, aber nicht um Zins, denn in Zeiten der galoppierenden und Hyperinflation verliert der Zins seinen Sinn. Dem dort abgebildeten nackten Mann ist nicht das Lebensnotwendige geblieben, sondern er ist der Wucherer, der seinen Besitz, ein symbolisch zu verstehendes dickes Ährenbündel, mit den Beinen umklammert. Sein aufgeschwemmtes Gesicht, sein Doppelkinn und die Speckrollen um seinen Leib weisen ihn als den im Überfluss lebenden Wucherer aus, der perfiderweise Mitleid erheischt, indem er scheinheilig seine leeren Hände vorweist. Generell ist die winzige Schrift bei den Bildunterschriften zu bedauern, deren erste Zeilen zudem im Schattenwurf der Abbildungen stehen. Insgesamt scheint es keine verbindlichen Qualitätsstandards gegeben zu haben.

Diese exemplarisch angesprochenen Mängel schmälern das Verdienst der beteiligten Vereine, die sich mit großem Eifer und langem Atem an ein Projekt gemacht haben, das auf lokaler Ebene beispielhaft ist. Wie es scheint, hat es in den beteiligten Partnerstädten keine Parallel-Ausstellungen gegeben, sondern die auswärtigen Vereine haben dem Opladener und Jülicher Projekt lediglich zugearbeitet. Der vergleichsweise günstige Preis ist den großzügigen Projektförderern zu verdanken.

Horst Sassin, Solingen

Bastian FLEERMANN u.a., Gedenkbuch für die Toten des Pogroms 1938 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf: Droste 2019, 264 Seiten, einige Abb., 19,80 €, ISBN 978-3-7700-6037-5

In bundesdeutschen Publikationen werden bis in die Gegenwart viel zu niedrige, aus nationalsozialistischen Quellen stammende Zahlen unkritisch verwendet, wie Bastian Fleermann in seiner Einführung verdeutlicht. Doch er nennt auch die positiven Gegen-

beispiele. Dennoch wissen wir bis heute nicht, wie viele Menschen in der Reichspogromnacht 1938 ihr Leben verloren haben. Die Mahn- und Gedenkstätte nahm dieses Manko zum Anlass, die Aufgabe einerseits zu verengen auf das Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, andererseits zu erweitern um die Folgen, die der Pogrom verursachte, bis zum Jahresende 1938 und um die Spätfolgen nach 1938. Die dadurch im Jahr 2018 ermittelte Zahl an Todesopfern beträgt 131. Allerdings, das wird erst in der Projektvorstellung (S. 240ff.) verdeutlicht, ist es ein vorläufiges Ergebnis. Von mehr als 400 angefragten Institutionen und Personen haben vier nicht geantwortet. Die Grundlage für die Aufnahme in die Liste der Todesopfer ist der archivalische Nachweis. Ist er nicht gegeben, gibt es bloß Literaturangaben, reichte das für die Aufnahme in die Liste nicht aus. Somit sind die in der Liste Genannten gesichert.

Von den 131 ermittelten Todesopfern sind allein 19 im Bergischen Land verortet: Heiligenhaus 2, Hilden 7, Leverkusen 1, Opladen 1, Remscheid 1, Solingen 4, Wuppertal 3. Zählt man die ehemalige bergische Hauptstadt Düsseldorf hinzu, sind es 32. In der Projektvorstellung werden die Todesopfer aufgeschlüsselt: NRW-weit wurden zehn Personen in der Pogromnacht ermordet, davon drei in Hilden und einer in Solingen. Im Bergischen gab es zudem elf Suizide, was die Verzweiflung der Entrechteten ausdrückt, und vier andere Todesarten. Durch systematische landesweite Auswertung der Wiedergutmachungsakten könnten möglicherweise weitere Fälle entdeckt und schon bekannte Fälle genauer untersucht werden.

Sämtliche 131 Personen werden auf einer Seite, manchmal auf zwei vorgestellt. Nach den grundlegenden Lebensdaten werden die Gründe bzw. Umstände des Todes skizziert, gefolgt von einer Kurzbiografie, gelegentlich ein Foto. Abschließend gibt es Literaturangaben, ggf. Angaben zu Archivbeständen und Hinweise zur Online-Recherche. Ein ausführlicheres Literaturverzeichnis, dessen Bestände die Opfer der Novemberpogrome benennen, sowie grundlegende Adressen zur Internet-Recherche folgen am Schluss. Ein Namensverzeichnis, jeweils ergänzt um den Wohnort, eröffnet einen biografischen Zugang.

Ein Transkriptionsfehler ist zu vermerken, weil die Leser möglicherweise den Vergleich nicht ziehen. In der Umschrift eines Zeitungsartikels vom 11. November 1938 heißt der letzte zitierte Satz: „Denn wir Deutschen pfeifen auf die Sachen, die dieses dreckige Volk verlauste (statt: verkaufte) oder besaß.“ (S. 9) Die Eintragung über den in Solingen ermordeten Max Leven (S. 213) enthält sogar vier Fehler: Er änderte seinen Namen nicht, sondern hatte den Nenn-Namen Leven; er trat nicht 1916, sondern 1919 aus der Synagogengemeinde aus; und er büßte seine Tätigkeit bei der Bergischen Arbeiterstimme als Invalide schon vor 1933 ein. Zudem gilt bei der letzten Literaturangabe nur die zweite Seitenzahl.

Als Nutzer kann man der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf nur dankbar sein dafür, dass sie diese wichtige Initiative ergriffen hat.

Horst Sassin, Solingen

Lieselotte BHATIA, Stephan STRACKE, *Vergessene Opfer. Die NS-Vergangenheit der Wuppertaler Kriminalpolizei (Bildungsmaterial zur Wuppertaler Polizei- und Widerstandsgeschichte 2 / Verfolgung und Widerstand in Wuppertal 15)*, Bremen/Wuppertal: de Noantri 2018, 412 Seiten, zahlr. Abb., 25€, ISBN 978-3-943643-10-7

Das Autorenteam Stephan Stracke und Lieselotte Bhatia legt zum wiederholten Mal einen Forschungsband vor, der auf der Basis zum Teil neuer Quellen und der grundlegenden Literatur Aspekte von Verfolgung und Widerstand während der nationalsozialistischen Herrschaft in Wuppertal bzw. im Bergischen Land untersucht. Der vorliegende Band umfasst drei Aufsätze und einige Gedichte sowie Anhänge.

Der größte Beitrag ist derjenige über „Die NS-Vergangenheit der Wuppertaler Kriminalpolizei“ von Stephan Stracke, der dem Untertitel der Publikation entspricht, mit mehr als der Hälfte des Textbestandes. Stracke stellt zunächst die schwierige Quellenbasis dar, gewonnen in Archiven wie dem Britischen Nationalarchiv Kew, dem Bundesarchiv Berlin und dem Landesarchiv Duisburg, schwierig vor allem, weil Akten vor und nach Kriegsende vernichtet oder massiv „gesäubert“ worden sind. Dennoch gelingen grundlegende Ausführungen zur Struktur der Wuppertaler Polizei, zur Anpassung an den NS-Staat (mit beachtlichen 77 % NSDAP- und 36 % SS-Mitgliedern in der Wuppertaler Kriminalpolizei), Zahlen, die auch auf die Entlassung oder Versetzung republikanisch eingestellter Polizisten 1933 zurückzuführen sind. Im Gegenzug zeigt Stracke bei Kriminalbeamten, die in der Weimarer Republik beispielsweise der katholischen Zentrumspartei angehört hatten, deutliche Signale ihrer Anpassungsbereitschaft an das neue System. Neue Gesetze und Verordnungen weiteten den polizeilichen Handlungsspielraum erheblich aus. Nur gelegentlich werden Beispiele eindeutiger, also nicht nur behaupteter und schwierig nachprüfbarer Haltung genannt, wie etwa der Fall Willi Stoffels, der die Teilnahme an den Sonnenwendfeiern der SS aus religiösen Gründen verweigerte, wofür er nach einigen Jahren suspendiert und frühpensioniert wurde. Da er als Mitglied der Bekennenden Kirche den Kirchenaustritt verweigerte, war er ohnehin ein Ausnahmefall unter den Wuppertaler Kriminalbeamten. Stracke geht auch ein auf die Personalentwicklung, die Ermittlungsmethoden, den wirtschaftlichen Einsatz von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen aus den besetzten Gebieten, das Vorgehen gegen sogenannte Asoziale und Arbeitsscheue, die aus den Ermittlungen folgenden Gerichtsverfahren, auch vor Sondergerichten, und den „Außeneinsatz“, z.B. bei den Einsatzgruppen in Polen und in der Sowjetunion. Den Aufsatz schließt eine mehr als 40-seitige Darstellung von Polizeikarrieren führender Wuppertaler Kriminalbeamter. Ein abschließendes Resümee fehlt. In diesem Beitrag fallen im Gegensatz zu den folgenden zahlreiche Flüchtigkeiten formaler, aber auch sachlicher Natur auf. Generell zu bedauern ist die nicht hierarchisch angelegte Untergliederung der Beiträge.

Dem folgenden, 120 Seiten starken Beitrag Strackes über „Die Verfolgung der Sinti und Roma in Wuppertal“ sind kurze Prosatexte und Gedichte der Sinteza Bluma Meinhardt vorangestellt, das eindrucklichste Gedicht mit „Schatten“ betitelt, und einige Fotos der Familie Meinhardt. Hier geht es um die Auswirkung der Verfolgungserfahrung in den folgenden Generationen. Strackes Beitrag hat eine andere Gewichtung, als der Titel sug-

geriert. Die Verfolgung der Wuppertaler Sinti und Roma wird auf 25 Seiten behandelt, gefolgt von fast doppelt so langen Ausführungen über den als Retter von Sinti und Roma bekannten, mit dem Bundesverdienstkreuz und einer Gedenktafel im Wuppertaler Polizeipräsidium geehrten Kriminalassistenten Paul Kreber, auf den sich auch die nachfolgenden Dokumente direkt oder indirekt beziehen. Von der Gewichtung abgesehen handelt es sich um eine umsichtige Studie zu der Frage, ob Kreber als Retter oder Täter einzuordnen sei, eine Frage, die in dieser Zeitschrift noch keine Beachtung gefunden hat. Stracke hat Aktenfunde eingebracht, die ihn in ein neues Licht rücken: die NS-Personalakte im Bundesarchiv (ehem. BDC), die Entnazifizierungsakte, die Akte zur Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz und die Rest-Personalakte. Klar wird, dass im Grunde nur ein Fall von Rettungstätigkeit belegt ist. Zudem geht es um seine Tätigkeit im Erkennungsdienst als Sachbearbeiter für Zigeunerwesen, durch die er direkt in die Deportation vom März 1943 nach Auschwitz involviert gewesen sein könnte. Strackes Beurteilungen sind klar nachvollziehbar, auch wenn man ihnen nicht immer zustimmen vermag. So würde ich seinen politisch erwünschten Austritt aus der katholischen Kirche nicht als Zeichen für einen entschiedenen Nationalsozialisten, sondern als Opportunismus werten. Nach der Quellenlage vermag Stracke kein abschließendes Urteil zu fällen.

Im letzten, kleineren Beitrag „Das Burgholz-Massaker – Strafverfolgung und Gedenken“ weist das Autorenteam Bhatia/Stracke detailliert nach, wie die Verteidigung die Angeklagten mittels der Konstruktion eines tatsächlich nicht stattgefundenen Standgerichtsverfahrens entscheidend zu entlasten versuchte. Diese Erfindung funktionierte vor dem britischen Militärgericht nicht, wurde aber später in deutschen Verfahren bereitwillig aufgegriffen. Die Autoren stellen abschließend fest, dass erst die jüngste Rechtsprechung auch die bloße Beteiligung, hier an dem Betrieb eines Konzentrationslagers, entsprechend der britischen Militärjustiz strafwürdig einstuft.

Horst Sassin, Solingen

SCHULMUSEUM BERGISCH GLADBACH (Hg.), 1968 Schule – Reform – Protest (Schulheft 11), Bergisch Gladbach 2018, 288 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-00-059179-2

50 Jahre nach den Ereignissen von 1968 erschienen zahlreichen Rückblicke, in deren Mittelpunkt die Studentenproteste, die mit ihnen einhergehende Entwicklung an den Universitäten sowie die teils spektakulären Veränderungen in der Jugendkultur standen. Eine Ausstellung unter dem Titel „1968 Schule – Reform – Protest“ im Schulmuseum Bergisch Gladbach und die sie begleitende Publikation richten nun den Blick auch auf das Schulsystem und erweitern damit die Perspektive um einen wesentlichen Aspekt. Gleichzeitig erinnern sie über die lokalen Vorgänge hinaus an ein wichtiges Stück Bildungsgeschichte in NRW. Die Jahreszahl 1968 steht dabei für eine Entwicklung, die ihre Anfänge bereits in den fünfziger Jahren nahm und die bundesrepublikanische Gesellschaft in den sechziger und siebziger Jahren prägte.

Das fast 300 Seiten starke Buch gliedert sich in vier große Kapitel. Unter der Überschrift „Schule und Reform“ enthält das erste verschiedene Beiträge, die sich mit den

Alternativen zu dem nach der NS-Zeit im neuen Land NRW 1950 wieder eingerichteten dreigliedrigen Schulsystem beschäftigen, das – so lautete die Kritik bereits Ende der fünfziger Jahre – wenig durchlässig sei und den Anforderungen einer demokratischen Industriegesellschaft nicht genüge. Einen konzentrierten Überblick über die Tendenzen und Herausforderungen der Schul- und Bildungspolitik gibt hier der einleitende Beitrag von Werner Ludwig. Die von Georg Picht 1964 konstatierte „Bildungskatastrophe“ und das von Ralf Dahrendorf postulierte Bürgerrecht auf Bildung gaben demnach die Anstöße für die Diskussion und die „aktive Bildungspolitik“ (Dahrendorf), die das hergebrachte Schulsystem bis Anfang der 1970er Jahre grundlegend verändern sollte.

Einen wesentlichen Einschnitt bedeutete – Ludwig zufolge – die Neuordnung des Volksschulwesens, die 1966 durch die Trennung von Grund- und Hauptschulen (1.–4. Klasse und 5.–9. Klasse) letztere dem System der weiterführenden Bildung zuordnete und damit eine wichtige organisatorische Voraussetzung für eine größere Durchlässigkeit schuf. Die Reform der gymnasialen Oberstufe von 1972 sei ein weiterer Schritt in der Öffnung des immer noch als zu starr empfundenen Schulsystems gewesen. So habe der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bereits 1969 die Errichtung der Integrierten Gesamtschule Paffrath beschlossen, die dann 1973 ihren Betrieb aufnahm.

Es folgen Beiträge zu einzelnen Schulformen. Tilmann Petersen, der ehemalige Leiter der Schule in Katterbach, gibt ein Porträt dieser Volksschule, die 1968 als eine der ersten in eine Gemeinschaftsgrundschule umgewandelt wurde und mit ihrem pädagogischen Konzept dem Jena-Plan folgte: Mit der „Randstundenbetreuung“ realisierte sie bereits in den neunziger Jahren ein Konzept, das der heutigen OGS entspricht. Auch Hans Neuheuser, ehemals Leiter einer Bergisch Gladbacher Hauptschule, berichtet über die Entwicklung seiner Schule, die bis zur Klasse 10 führte und mit dem Abschluss nach Klasse 10B mit Qualifikation einen Wechsel in die Oberstufe eines Gymnasiums oder eine Höhere Berufsfachschule ermöglichte. In den siebziger und achtziger Jahren bot, wie er schreibt, dieser Schultyp vielen Schülern „eine hoffnungsvolle Chance“, nicht zuletzt durch ihre Angebote des Wahlpflicht-Unterrichts und die Einrichtung der ersten „Internationalen Vorbereitungsklasse“ für ausländische Kinder Anfang der siebziger Jahre. Mit dem wachsenden Angebot an Gesamtschulen habe die Hauptschule für Eltern und Schüler jedoch an Attraktivität verloren, so dass in Bergisch Gladbach von den ursprünglich sechs Schulen dieses Typs heute nur noch eine einzige existiere.

Der Reformwille spiegelt sich auch in den zahlreichen „Schulversuchen“, von denen allein Nordrhein-Westfalen nicht weniger als 45 unternahm. Über zwei derartige Versuche der gymnasialen Oberstufe in den Nachbarstädten Leverkusen und Opladen in den Jahren 1967 und 1968 informiert der Beitrag von Ekkehard Schmidt und Heribert Rücker: Auch wenn weder das am Carl-Duisberg-Gymnasium entwickelte „Leverkusener Modell“, das ein System leistungsdifferenzierter Niveaueurse vorsah, noch das „Opladener Modell“ mit einer Leistungs- und Neigungsdifferenzierung sowie der Möglichkeit, ein „Studienfach“ bereits in Klasse 12 abzuschließen und die übrigen Studienfächer in Klasse 13 zu intensivieren, weiter verfolgt worden sei, habe sich doch das Landrat-Lucas-Gymnasium in der damals noch selbständigen Kreisstadt Opladen als „Pilotschule“ zum Vorreiter der 1972 beschlossenen Neugestaltung der Gymnasialen

Oberstufe (die Reform begann hier bereits zum 1.8.1971 mit der Jahrgangsstufe 11) entwickelt.

Der das Kapitel abschließende Rückblick der in den damals noch selbständigen Städten Bensberg und Bergisch Gladbach verantwortlichen leitenden Verwaltungsbeamten Otto Fell, Dr. Hans Joachim Franke und Franz Ott sowie Interviews mit dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Theo Röhrig (SPD) und Hildegard Zumach (CDU, Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach 1965–1974) resümiert die politische Diskussion und heutige Sicht darauf.

Das zweite Kapitel ist der Integrierten Gesamtschule Paffrath (IGP) gewidmet, deren Einrichtung und Bau 1969 einstimmig beschlossen wurde und die eine der ersten Schulen dieses Typs 1975 in NRW war. Die Beiträge des langjährigen Schulleiters Günter Heinicke und der Abdruck der Eröffnungsrede von Staatssekretär Günter Thiele lassen die Erwartungen an das mit großem Engagement aller Beteiligten gestartete Projekt erkennen und auch einige Zufriedenheit mit dem Erreichten spüren. Anders als die Kooperative oder auch Additive Gesamtschule, in der unter einem Dach weiterhin nach Schultypen und Bildungsgängen getrennt unterrichtet wurde, setzte die IGP grundsätzlich auf gemeinsames Lernen, das einen den Kursen (A-, B- oder C-Level) entsprechenden Schulabschluss nach der 10. Klasse ermöglichte.

Das Neue, das diese noch ungeübte Schulform auch Elternvertretern aufgab, sowie das besondere Engagement, das gefordert und in der Gründung des Eltern-Lehrer-Forums mit eigenen Veranstaltungsreihen auch praktiziert wurde, betonen die Erinnerungen des ehemaligen Schulpflegschaftsvorsitzenden Dietrich Zilleßen. Von der Motivation und dem hohen Engagement der Eltern spricht auch der Beitrag „Die IGP aus der Sicht eines Elternpaares“ des langjährigen Elternvertreters Ludwig Würz.

In seinem Beitrag „Die IGP – ein Lern- und Lebensraum“ stellt Günter Scholl, fast 35 Jahre Lehrer an der IGP, den Entwurf der Architekten-Arbeitsgemeinschaft Dr. Kiemle/Dr. Kreidt – Harde/Scheele vor, mit dem diese dem offenen pädagogischen Konzept der Schule von Anfang an auch baulich Rechnung tragen wollte. So stellte der neue Schultyp besondere Anforderungen u.a. in Hinblick auf Größenordnung (gerechnet wurde mit bis zum 2700 Schülern), Multifunktionalität und Flexibilität in der Raumaufteilung für unterschiedliche Lerngruppen und ausreichende Pausen-, Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die Ganztagschüler. Im Mittelpunkt stand hierbei das zentrale Forum, das bis heute mit seinen vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten ein lebendiges Schulleben fördert. Auf Bau und Gestaltung der IGP geht auch das vierte und letzte Kapitel noch einmal ein: schließt mit dem Abschnitt über Bau und Gestaltung dieses Schulkomplexes (vgl. S. 246–163) doch die Darstellung der insgesamt fünf großen Schulbauten, die in Bergisch Gladbach nach 1949 realisiert wurden und in Raumplanung und -programm typische Beispiele für die jeweils zeitgenössische bauliche Umsetzung pädagogischer Konzepte sind.

Thema des dritten Kapitels, überschrieben „Veränderung im Unterricht“, sind sowohl methodische als auch inhaltliche Neuerungen. Christiane Müller stellt die verschiedenen Methoden des Lesenlernens vor, wobei der Streit um synthetisches oder analytisches Lesen (Buchstaben- bzw. Ganzwortmethode) Lehrer und Eltern bis in die siebziger

Jahre beschäftigte. Gegenstand des Beitrags von Peter Joerßen sind Lesebücher, denen seit ihrer Einführung im 19. Jahrhundert immer auch die Aufgabe zugekommen sei, den Wertekanon der jeweiligen Gesellschaft zu kodifizieren und zu vermitteln. In den sechziger und siebziger Jahren erlebten sie einen umfassenden Wandel vom sogenannten „Gesinnungslesebuch“ hin zum Neuen Lesebuch oder Arbeitsbuch, das weniger der Vermittlung eines tradierten literarischen Kanons dienen sollte. Vielmehr habe es bezweckt, unterschiedlichste Textsorten einschließlich Zeitungsartikeln, Schlager- und Werbetexten u.a. vorzustellen, deren Untersuchung ihre Funktion klären und die Fähigkeit der Schüler zur kritischen Analyse von Texten aller Art fördern sollte. Die programmatischen Titel – von „Sieben Ähren“, „Die Gute Saat“ oder „Lebensgut“ über „Auf großer Fahrt“ und „Kompaß“ bis zu „Lesen Darstellen Begreifen“ und „Lesarten“ – belegen Joerßen zufolge den jeweiligen Anspruch und den Wandel. Die neuen Lesebücher stießen freilich auf die Ablehnung vor allem der Eltern. Besonders massive Kritik fand dabei das Lesebuch „drucksachen“, das 1975 sogar Thema im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 1975 wurde.

Gerhard Geurts schildert in seinem Beitrag die Ablösung der traditionellen Heimatkunde durch den Sachunterricht. Heimatkunde, 1921 erstmals im preußischen Lehrplan fixiert und im NS-Staat stark ideologisiert, definierten die nordrhein-westfälischen Richtlinien 1955 nun als Unterricht, der die Schüler befähigen sollte, „sich vom Wurzelboden der Heimat aus die Welt zu erschließen, sich der Ferne zu nähern und mit dem Fremden vertraut zu werden“ und so Grundbegriffe aus den Bereichen von Natur- und Erdkunde sowie Geschichte kennenzulernen. Angesichts der Modernisierung und der sich stark wandelnden Lebenswelt seit Ende der fünfziger Jahre sei – so Geurts – der traditionelle Unterricht als immer weniger zeitgerecht empfunden worden: So kündigte das Kultusministerium Ende der 1960er Jahre „Neue Inhalte in der Schule“ an und schuf mit „Richtlinien und Lehrpläne für die Grundschule – Schulversuch in NRW“ die Grundlage für einen Sachunterricht, der geeignet schien, im naturwissenschaftlich-technischen, sozial- und kulturwissenschaftlichen Bereich – ausgehend von der Lebenswelt der Schüler – deren Erfahrungen aufzunehmen, zu klären und zu ordnen.

Als ungleich konfliktreicher erwies sich die Einführung des Politik-Unterrichts als eigenständiges Fach neben Erdkunde und Geschichte, die Geurts in einem zweiten Beitrag behandelt. Eine kontroverse und lang anhaltende Diskussion entwickelte sich demnach nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Hessischen Rahmenrichtlinien: „Die in den Richtlinien genannten Qualifikationen und die ihnen nachgeordneten Lernziele waren darauf angelegt, Schüler zu befähigen, Kenntnisse über soziale und politische Sachverhalte zu gewinnen und zugleich Bereitschaft zu wecken, ihr Wissen in politisches Handeln umzusetzen“ (Geurts, S. 150f.). Über die kontroverse Diskussion insbesondere zum Verhältnis der Fächer Geschichte und Politik und den von Rolf Schörken, dem Vorsitzenden der Kommission für die Entwicklung von Richtlinien und Handreichungen für das Fach Politik, vorgeschlagenen Lösungsweg einer klaren Unterscheidung aber auch Ergänzung der beiden Fächer berichtet Friedrich F. Mader.

Eigene Beiträge sind der Einführung der Mengenlehre, die mit dem Lehrplan für die Grundschulen 1969 erfolgte und die die Lernenden auf die Logik der „Neuen Mathema-

tik“ vorbereiten sollte, sowie dem „Unitutor“, einem Lehrautomaten, der mit automatisierten Programmen die Lehrkräfte ersetzen sollte, und schließlich dem Sexualkundeunterricht gewidmet, der auf Beschluss der Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik 1968 eingeführt wurde. „Schulleitung und das Kollegium sprachen uns Mut zu, den sie selbst nicht besaßen“, resümiert Peter Joerißen seine Erfahrungen als junger Lehrer in Hinblick auf letzteren.

Das vierte und letzte Kapitel bilden Zeitzeugenberichte, v.a. ehemaliger Schüler des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums, und ein kurzer Abriss zur Jugendkultur der 1960er Jahre. Ludwig Selbach zeichnet ein atmosphärisches Bild des bis in die Mitte der sechziger Jahre noch weithin dörflich geprägten Ortes Paffrath. Harald Grosch berichtet über die Schülerbewegung, die als Gegenpol zur als abhängig empfundenen Schülermitverwaltung bzw. als „kleiner Bruder“ der Studentenbewegung 1967 entstand und deren Protestmedien und -formen wie Flugblätter, Schülerzeitungen und ab 1968 auch Sitzblockaden und Demonstrationen u.a. übernahm. Die Forderungen bezogen sich, wie Grosch in Erinnerung hat, schulintern auf die Mitsprache bei als langweilig und realitätsfern kritisierten Unterrichtsinhalten und Lehrmethoden, die als einseitig bis autoritär empfunden wurden.

Unter der Überschrift „Bergisch Gladbach – Berlin und zurück“ findet sich eine Zusammenfassung mehrerer Gespräche, die mit drei ehemaligen Schülern und einer Schülerin geführt wurden. Die Gruppe berichtet über ihre Schulzeit am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium, ihre Politisierung und den Einfluss, den diese Jahre auf sie hatten.

Zum Teil aus der Katholischen Jugend kommend nennen die Befragten in erster Linie soziale Motive, die sie zu einem ersten Engagement in der Zeit des Biafra-Krieges (1967) veranlassten. Auch diese Gespräche bestätigen, dass die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahr 1968 die Proteste in diesem und im folgenden Jahr intensiviert und noch stärker politisierte. So wurden in Bergisch Gladbach 1969 Demonstrationen gegen die griechische Militärdiktatur und – anlässlich ihrer Besuche in Bergisch Gladbach – gegen den damaligen Bundeskanzler Kiesinger und den Finanzminister Franz Josef Strauß organisiert. Eine Demonstration gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung zog Strafanzeigen gegen die an ihr Beteiligten (u.a. wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr) nach sich; das ARD-Magazin Monitor berichtete über Proteste „in einer kleinen Garnisonsstadt“.

Das Buch enthält zahlreiche ansprechende Abbildungen, davon viele aus der Sammlung des Schulmuseums Bergisch Gladbach. Die Initiative zu dessen Gründung gab der frühere Schulamtsdirektor Carl Cüppers (1920–2008), dessen einfühlsames Porträt aus der Feder von Peter Joerißen den angemessenen Abschluss bildet.

Gabriele John, Bonn